

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 1.- Reichsmark ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Art' ...

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige ... Reichsmark ...

Einzelnen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 26. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Steuerkompromiß gesichert.

Sozialdemokratische Vorschläge. — Zustimmung der Regierungsparteien. — Nachtstimmungen im Steuerausschuß.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden die Verhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Regierungsparteien ...

1. Voraussetzung für die Erledigung des Steuermilderungs-gesetzes ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer ...

2. Entsprechend der sozialdemokratischen Forderung auf Begrenzung der Miete auf 100 Proz. bis zum 31. März 1927 ...

„Die Miete von 100 Proz. der Friedensmiete darf bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden.“

Für alle diejenigen Länder, die wie Preußen, Sachsen usw. die Friedensmiete noch nicht erreicht haben, bedeutet das die Erhaltung der Friedensmiete auf ein weiteres Jahr.

3. Eine allgemeine Milderung der Vermögenssteuer tritt nicht ein. Das Mindestaufkommen der Vermögenssteuer ist entsprechend dem Vorschlag gesetzlich festgelegt.

Bei den Verbrauchssteuern ist folgendes vereinbart: Die Weinsteuern werden aufgehoben, die Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 verlohnen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte nach einem Bericht ihrer Vertreter diesen Vorschlägen zu.

Die Nachsichtigung des Steuerausschusses.

Zu Beginn der gestrigen Nachsichtigung des Steuerausschusses begründet Hergt (Dnat.) einen Antrag, die Umsatzsteuer nicht zu senken.

Roenen (Komm.) verlangt von der Regierung zu erfahren, ob sie nach wie vor auf ihren Steuerentwurf beharre oder welche Abmachungen sonst zwischen den Parteien vereinbart worden seien.

Schutz der Friedensmiete.

Staatssekretär Popph erklärt, die Regierung beharre nach wie vor auf dem Geleitewort, mit den Änderungen, die auf Grund der Kompromißverhandlungen im Ausschuss gedruckt vorliegen.

Kell (Soz.) wendet sich gegen den Antrag Hergt. Er fragt, ob es sich auch in diesem Fall um einen der deutschnationalen Anträge handle, die teils zur Prüfung, teils zur Auswahl vorgelegt wurden.

Neubauer (Komm.) verlangt zur Geschäftsordnung genaue Mitteilungen über die Abmachung der Parteien. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärt er, er nehme an, daß irgend etwas geschehen sei.

Brünig (S.) erklärt, daß die Regierungsparteien nach wie vor am dem Kompromiß festhielten, daß sie aber geneigt seien, Anträgen,

die nicht mehr Mittel zur Steuerentfaltung verlangten, als die Regierung vorge schlagen habe, zu prüfen und eventuell anzunehmen.

Dr. Becker (D. Vp.) erklärt, der Antrag der Deutschen Nationalen sei seinen Freunden sympathisch. Die Budgetlage gestatte jedoch nicht, so weitgehende Bewilligungen im Augenblick zu fassen.

Fischer (Dem.) lehnt für seine Fraktion den deutschnationalen Antrag ab und stimmt den sozialdemokratischen Vorschlägen zu.

Roenen (Komm.) erklärt, für den deutschnationalen Antrag stimmen zu wollen, wenn gleichzeitig die Senkung der Umsatzsteuer beibehalten werde.

Bei der Abstimmung werden kommunistische Anträge und der Antrag der Deutschen Nationalen gegen die deutschnationalen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Die Umsatzsteuer.

Vor der Abstimmung erklärt Abg. Fischer (Dem.), daß er die weitere Senkung der Umsatzsteuer für vordringlich halte und die entsprechenden Erklärungen des Reichsfinanzministers durchaus billige.

Dem schließen sich auch die übrigen Regierungsparteien an.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller weiteren Anträge die Senkung der Umsatzsteuer auf 75 Prozent beschlossen.

Belag (Soz.) vertritt den sozialdemokratischen Antrag auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer.

Staatssekretär Popph wendet sich gegen den Antrag.

Roenen (Komm.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag ein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, der die Befreiung der Doppelbesteuerung für Genossenschaften fordert, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Angenommen werden zwei Anträge, die die Freilassung für ärztliche Hilfeleistungen und der Umlage solcher landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die aus dem Depulat stammen, verlangen.

Anträge, die auch die Befreiung des Verbrauches selbst-erzeugter Lebensmittel durch den Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und seiner Familienangehörigen fordern, verfallen, nachdem sich der Staatssekretär Popph aus grundsätzlichen Bedenken dagegen ausgesprochen hatte, der Ablehnung.

Hergt (Soz.) unterstreicht den sozialdemokratischen Standpunkt, daß die Besteuerung der Lebensmittel überhaupt ein Unrecht sei.

Er wendet sich jedoch gegen die Anträge auf Freilassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, auch für den Eigenverbrauch der Erzeuger, weil dadurch der Umsatzsteuer der Charakter einer rein städtischen Umlage auf die große Masse der Verbraucher aufgedrückt würde.

Die Sozialdemokratie verlange die allgemeine Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer.

Ein entsprechender Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Zugsteuer.

Hergt (Soz.) begründet einen Antrag, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer und die Befreiung der Zugsteuer ein Recht auf entsprechende P-eisermäßigungen einschließt.

Entgegenstehende geschäftliche Vereinbarungen sind nichtig. — Der Antrag wird angenommen.

Darauf wird die Aufhebung der Zugsteuer entsprechend der Regierungsvorlage beschlossen.

Ein deutschnationaler Antrag, die Aufhebung mit rückwirkender Kraft ab 1. März eintreten zu lassen, wird abgelehnt.

Fußsteuer.

Die Vorlage der Regierung sieht eine Ermäßigung der Steuer vor. Ein volksparteilicher Antrag verlangt ihre Befreiung.

Nach Reden v. Raunets und Rademachers begründet Hergt (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem den Gemeinden, in denen durch die Zusammenlegung einzelne Werte stillgelegt werden müssen, der gesamte Ertrag des Steueraufkommens überwiesen werde.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, ebenso die der deutschnationalen Fraktion und der des Herrn Raunet. Die Regierungsvorlage wurde angenommen.

Einkommensteuer.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der eine Bestimmung verlangt über die Besteuerung des Verbrauches bei Steuerpflichtigen, die angeblich kein Einkommen haben, aber einen hohen Verbrauch aufweisen, wird abgelehnt.

Eine Entschließung der Bayerischen Volkspartei, bei der Festsetzung von Durchschnittssätzen hinsichtlich der in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Angehörigen eine entgegenkommende Behandlung eintreten zu lassen, wird angenommen.

Am 12. Uhr wurden die Verhandlungen nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte abgebrochen. Weiterberatung Freitag vormittag 9 Uhr.

Der Frank fällt weiter.

New York, 25. März. (W.B.) An der New Yorker Börse erzielten heute die französischen Schatzscheine ihren tiefsten Stand in diesem Jahre.

Tatschriften und Wortchriften.

Auch eine Lehre des Volksbegehrens.

Von Wilhelm Sollmann.

So sehr die Presse der Rechten das Ergebnis des Volksbegehrens zu vertuschen und zu verkleinern sucht, so ernst weist sie auf eine Erscheinung hin: Es ist gelungen, bedeutende Schichten der Zentrumswähler für die Idee Aktion der sozialistischen Parteien zu gewinnen.

Die Ergebnisse in den drei westlichen, seit jeher vom Zentrum überlegen beherrschten Wahlkreisen zeigen es. In Düsseldorf-West stiegen die Einzeichnungen gegenüber den Stimmen der drei sozialistischen Parteien bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 von 206 400 auf 261 500, in Köln-Nachen sogar von 223 091 auf 353 865, und auch in dem nahezu rein bäuerlichen und kleinstädtischen Wahlkreis Koblenz-Trier von 82 580 auf 119 056.

Die Zahlen aus hunderten Dörfern mit geringer sozialistischer Bewegung beweisen klar, daß dort viele Zentrumswähler, allerdings auch deutschnational katholische Bauern, für das Volksbegehren eingetreten sind.

Im Rechtsausschuß des Reichstags hat ein deutschnationaler katholischer Abgeordneter die Kühnheit gehabt, die Echtheit des Briefes eines katholischen Priesters an die „Rheinische Zeitung“ zu bezweifeln, wo dieser im Namen des christlichen Sittengeistes für die Entelgung der reichen Fürsten zugunsten des armen Volkes eingetreten ist.

Die Echtheit dieses Briefes ist ebenso sicher wie die Tatsache, daß unser Kölner Parteiblat seit langen Jahren gute Freunde und Mitarbeiter unter dem katholischen Klerus hat.

Der bekannte katholische Karl-Marx-Berehrer, Pfarrer Hohoff, Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, hat noch in hohem Alter vom Krankenlager aus anerkennende freundschaftliche Briefe an die „Rheinische Zeitung“ geschrieben.

Wenn die Rechtspresse meint, „marxistisches“ Denken dringe in das Zentrum und in den Katholizismus ein, so hat sie erfreulicherweise nicht ganz unrecht. Die einfache „marxistisch-materialistische“ Erkenntnis, daß die Menschen erst essen, sich kleiden und wohnen müssen, ehe man sie religiös erheben und für Land und Volk begeistern kann, ist durch keinerlei oberhirtliche Bottschaften mehr zurückzudrängen.

Die von dem Zentrumsabgeordneten Voos geleitete „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 10) hat das Gerede über den „Materialismus“, das oft genug die einzige Aeußerung des Christentums, wie sie es auffassen, bei den gläublichen Befehlenden ist, mit dem geradezu klassischen Satz abgetan: „Man kann dem Verhungerten nicht damit imponieren, daß man ihm von der wunderbaren Ordnung des Sternenhimmels redet.“

In derselben Ausgabe dieses weit verbreiteten Blattes bekennet ein Priester, daß der Klerus „gegen den Bürger Rammon zu wenig angegangen“ ist. Er beklagt dies Versäumnis, durch das „wir Seelenhirten zur allgemeinen Gotterfremdung, zum großen Abfall der Massen von der Kirche, sicher ganz unbewußt beigetragen haben.“

Die jüngste oberhirtliche Kundgebung des Freiburger Bischofs von Passau, der 12 1/2 Millionen Deutsche als vorsätzliche oder verleitete Diebe beschimpft und sich segnend und schühend vor das auch der Kirche geraubte Privateigentum der Wittelsbacher stellt, lehrt uns, wie stark dieser mammonistische denkende „innere Feind“ noch in der katholischen Kirche lebt.

Welch ein Gegensatz aber zwischen jenem Baron auf dem Bischofsstuhl und dem München-Gladbacher Proletariatskaplan Dr. Kremer, der in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, erschüttert durch das Elend der halbverhungerten niederrheinischen Arbeiterchaft, die Worte findet, daß einem die Fürstenabfindungsstandale „die Kornesröte ins Gesicht treiben.“

Derlei katholische Priester fährt die Phariseer, die mit gutem Einkommen und in schöner Wohnung den verelendeten Massen „edles Menschengemut und Liebe zu Volk und Heimat, Liebe zur Arbeit und zum Schaffen“ predigen, hart aber ehrlich an: „Wenn Tausende unserer Mitbürger das Notwendigste zum Leben abgeht, und Tausende in elenden Wohnhöfen hausen müssen,

„Wenn Tausende unserer Mitbürger das Notwendigste zum Leben abgeht, und Tausende in elenden Wohnhöfen hausen müssen,

„Wenn Tausende unserer Mitbürger das Notwendigste zum Leben abgeht, und Tausende in elenden Wohnhöfen hausen müssen,

und wenn — und das ist das Entscheidende und Tragische daran — die Gesellschaft auf diesen Tatsachen mit Rücksicht vorübergeht, als ginge sie das gar nichts an, soll man da kein Verständnis aufbringen können für Menschen, die dieser gesellschaftlichen Ordnung keine Sympathie entgegenbringen können und ihr Kampf ansetzen?

Solche Katholiken, denen Christentum mehr ist als feierliche Messe und singende Prozession, verlangen von Parteien, die sich christlich nennen, die religiöse Orientierung in der Politik. Sie rufen nach einer „Ethisierung der Wirtschaft“ und träumen davon, daß eine kapitalistische Produktionsweise ohne materialistisch-kapitalistische Gesinnung möglich sei. Sie philosophieren von einem „Solidarismus“ in einer Wirtschaftsform, deren stärkster Motor die Steigerung des Egoismus bis zur Vernichtung der Menschheit und Werte vernichtenden Brutalität war und ist.

Der Katholizismus, der sich in zwei Jahrtausenden, während er seine Welt unerschütterlicher Himmelsmächte unerschütterlich ließ, in alle gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen der Völker bewundernswert eingegliedert hat, steht mitten in dem größten Anpassungsprozess seiner Geschichte: In der Verarbeitung der sozialistischen Gedankensätze, die zu beachten und zu verwerten ihn die eigentümlich gewordenen industriellen und intellektuellen Massen zwingen. Volksbegehren und Volksentscheid zur Enteignung der Fürsten haben gewiß mit Sozialismus sehr wenig zu tun. Es genügt, gerecht zu empfinden, um seinen richtigen Platz im Kampfe zwischen Fürsten und Volk zu wählen. Soviel lehrt aber unser Vorstoß in die katholischen Gebiete ganz gewiß, daß es selbst den Kirchenfürsten nicht mehr gelingt, mit Erfolg kapitalistische Eigentumsbegriffe als unantastbar auszugeben. Die soziale Umwälzung, deren Ende noch nicht abzusehen ist, hat durch die kapitalistische Enteignung von Millionen Menschen zugleich deren Denken zu verändern begonnen. Man bekennt sich im Katholizismus auf die Eigentumslehren der Kirchenväter der ersten christlichen Jahrhunderte und die im Neuen Testament überlieferten mammonseindlichen Weisheiten, Zeugnisse, die jegliches Eigentum dem Gemeinwohl unterordnen. Diese religiöse und politische Krise auch für die ihr fernstehenden grell beleuchtet zu haben, ist eines der großen Verdienste, die wir dem Volksbegehren danken.

Selbst Deutschnationale „bolschewisiert“.

Aus dem Kreise Ahaus in Westfalen wird uns geschrieben: In der Bauernschaftsgemeinde Etern-Bären, zum Amt Stadthagen gehörend, trugen sich von den 186 Wahlberechtigten 185 für das Volksbegehren ein. Das sind rund 100 Proz. Das Ergebnis ist um so bedeutungsvoller, da die Bevölkerung ohne Ausnahme rein katholisch ist, nur etwa 25 wahlberechtigte Pächter zählt, alle übrigen Eigentümer sind im Besitz von 300 bis 400 Morgen. Bei der letzten Wahl wurden in der Gemeinde an Stimmen abgegeben: 145 Zentrum, 10 Deutschnationale, 3 Sozialdemokraten!

Daß die drei Sozialdemokraten alle übrigen Wähler, auch die Deutschnationalen, vergewaltigt hätten, ist kaum anzunehmen. So sehen wir also selbst die Deutschnationalen zur entschuldigungslosen Enteignung der Fürsten bereit. Sie sind demnach „bolschewisiert“ worden!

Amtliche Auszählung.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens wird jetzt, gegliedert nach unteren Verwaltungsbereichen und Gemeinden, festgestellt. Diese Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß in den einzelnen Wahlkreisen die Einzelmengenzahl spätestens am 8. April amtlich festgestellt ist. Hierauf wird der Reichswahlprüfungsausschuß das amtliche Endergebnis für das ganze Reich prüfen. Mit der Veröffentlichung dieses endgültigen amtlichen Ergebnisses kann etwa für den 11. April gerechnet werden. Im Reichswahlprüfungsausschuß sind die 6 größten Parteien des Reichstages vertreten durch Abg. Dittmann (Soz.), Abg. Dietrich-Brenglau (Dnat.), Regierungsrat

Gerichtliches Allerlei.

Der sittliche Münchmeyer und der unsittliche Köbisch.

Feitungsanmeldung: Der Pastor Münchmeyer von Bortum ist im Bistumsverfahren auch in amtlicher Funktion freigesprochen und in sein Amt wieder eingesetzt worden.

Der Pastor Münchmeyer in Bortum hat ein Glück, das seiner Intelligenz kein gutes Zeugnis ausstellt. Die Baderzeit ist vorüber und Herr Münchmeyer verfuhr deshalb über die vielen Stunden des Tages, die er im Sommer mit antiseimischen Narrenstunden ausfüllt, sein Freund Henning weiß auch nur während der heißen Monate in Bortum, wo es sich für ihn so billig leben läßt, und so hat Herr Münchmeyer weder genügend Arbeit, noch Zerstreung. Mühselig ist bekanntlich aller Väter Anfang. So suchte denn Ehrenmünchmeyer, der Vorkämpfer für deutsche Stillschließung im Schutze der Dantelheit eine junge Dame auf, die sich im Bortumer Krankenhaus befand, wo sie sich einer Operation hatte unterziehen müssen, und führte sich bei dieser Gelegenheit in einer Weise auf, die den Verdacht nahelegt, daß die Bortumer den Boß zum Seelenhirtin gemacht haben. Er küßte nämlich die Dame zweimal und tastete ihren Unterleib ab. Die Sache wurde ruhmbar, und Münchmeyer hatte sich vor dem Disziplinargericht der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu verantworten. Um die Küsse zu entschuldigen, versicherte er es nicht (Herr Henning, wie wird Ihnen?), sich auf das Vorbild eines alten jüdischen Rabbiners zu beziehen, nämlich des späteren Apostels Paulus, der einmal Männer und Frauen seiner Gemeinde aufgefordert hat, sich untereinander mit dem heiligen Kusse zu grüßen. Und den süßen Kusse, den er das bedauernde junge Mädchen zu erdulden gezwungen hatte, wollte er nicht aus Geltlichkeit, sondern aus wissenschaftlichem Interesse an der Linie der Operationsnarbe ausgeführt haben. Man sieht, daß Herr Münchmeyer seinen Richtern etwas viel zugemutet hat. Sie hätten ihn z. B. fragen können, ob Paulus Männern auch das Recht eingeräumt habe, weibliche Wesen wider ihren Willen zu küssen, und ob er die Untersuchung unter der Bettdecke auch dann vorgenommen haben würde, wenn unter dieser ein höfliches, altes Weib gelegen hätte. Solche peinlichen Fragen wurden Herrn Münchmeyer nicht gestellt. Vielmehr haben die Disziplinargerichte beider Instanzen, die Sitten des Ordens der Barmherzigen Brüder zu sein scheinen, dem würdigen Manne Glauben geschenkt; sie erklärten, die Behauptung, daß er sich durch sein Verhalten gegen die junge Dame der Achtung unwürdig gezeigt habe, auf die sein Amt ihm einen Anspruch gewährt, für überflüssig. Herr Münchmeyer darf also seinen Disziplinargericht weiter in der eigenwilligen, von ihm und den Disziplinargerichten für angemessen erachteten Art und Weise betätigen. Ob er sich von seinen Richtern mit einem paulinischen Kusse getrennt hat, wird nicht berichtet. Wir hätten es ihnen gegönnt.

Der Fall Münchmeyer hat uns den Fall Köbisch ins Gedächtnis gerufen, der vor einigen Jahren die Strafkammer in Oels beschäftigte hat. Ein deutschnationaler Agitator hatte dem demokratischen Abg. Dr. Köbisch vorgeworfen, daß er eine Krankenschwester vergewaltigt habe. Der Beweis der Wahrheit, den der Beleidiger gegenüber der Privatklage Köbisch antrat, ergab folgenden Tatbestand: Köbisch war beauftragt worden, eine Schwester ärztlich zu untersuchen. Das etwas prüde Mädchen wollte sich nicht ent-

Dr. Köbisch (S.), Piez (Komm.), Garmisch (D. Sp.) und Professor Dr. Danke (völk.). Den Vorsitz im Reichswahlprüfungsausschuß hat der Reichswahlleiter Professor Dr. Bogemann.

Mummenschanz im Landtag.

Die Volkspartei gegen Stresemanns Außenpolitik.

Im Preussischen Landtag führten gestern die vereinigten Deutschnationalen, Volksparteier und Kommunisten eine Postle auf, von der sie unbegreiflicherweise eine ernste Wirkung erwarteten. Die Kommunisten hatten einen Mißtrauensantrag gegen die preussische Regierung eingebracht, weil sie

1. die Außenpolitik der Reichsregierung unterstütze,

2. den Hohenzollern bisher laufende Unterstützungen aus dem beschlagnahmten Vermögen gewährt, also die Enteignung nicht kräftig genug betrieben habe.

Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich, so daß man feststellen kann, wer für ihn gestimmt hat. Es ergab sich nun, daß sowohl die Deutschnationalen wie die Volkspartei ihre Zustimmung gaben, daß die Regierung Braun mit dem Verlust des verfassungsmäßig notwendigen Vertrauens bestraft werden solle, weil sie die Locarno- und Völkerbundspolitik unterstütze! Die Partei, deren „Führer“ immer noch Stresemann ist, spricht das Mißtrauen gegen die Politik aus, die ihr eigener Führer als Außenminister betreibt und wegen der er von völkischen Rohlungen schon wiederholt mit dem Niederschießen bedroht wurde! Eine mehr als wunderliche Partei, diese sogenannte „Volks“partei! Das haben sogar drei ihrer preussischen Abgeordneten empfunden, nämlich die Herren v. Richter, Dr. Peidig und Dr. Wiemer, die sich von der Abstimmung fernhielten, offenbar weil sie sich ihrer Partei schämten!

Daß die Deutschnationalen im Verein mit den „Bolschewisten“ die Außenpolitik Stresemanns bekämpfen, nimmt bei ihrer kriegerischen Gesinnungsgemeinschaft kein Wunder. Um so mehr aber, daß sie auch Mißtrauen aussprechen, weil den Hohenzollern immer noch Unterstützung gezahlt wird. Die Bundesgemeinschaft mit den „Bolschewisten“ steht ihnen höher im Wert, als ihre monarchistischen „Grundsätze“.

Das festzustellen, war die Abstimmung wirklich notwendig. Sonst hätte sie keinen anderen Zweck, als die sogenannte „Politik“ wieder einmal bloßzustellen, die von den einzig wahren „Hütern der Staatsautorität“ getrieben wird.

Wir beneiden Herrn Stresemann nicht um seine Parteigeloschaft und noch weniger die deutschnational-kommunistischen Verbündeten. Sie haben sich, wie das Abstimmungsergebnis zeigt, wieder einmal umsonst zu einer parlamentarischen Postle vereinigt.

Der große Dreh des Admirals.

Brüninghaus will jetzt auch eine Broschüre herausgeben.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages hatte gestern die bekannte Affäre der Dittmann-Broschüre ein ebenso interessantes wie komisches Nachspiel.

Der Ausschuß hatte im Dezember v. J. in einem Beschluß empfohlen, die nichtöffentlichen Sitzungen seiner Unterausschüsse auch weiterhin vertraulich sein zu lassen. Er stellte aber im gleichen Beschluß fest, daß im Falle des Referats des Senats Dittmann eine Ausnahme zu machen sei, da Dittmann in der Marine-Dienstzeit, im Dolchstoßheft der „Südd. Monatshefte“ und in den Veröffentlichungen aus dem Münchener Dolchstoßprozess sehr stark persönlich angegriffen sei und deshalb die Möglichkeit haben müsse, in öffentlichem Referat, d. h. unter Zuzugung der Presse, zu antworten. Daraufhin hat Senatsmitglied Dittmann bekanntlich am 22. und 23. Januar sein mehr als fünfständiges Marinereferat gehalten und es sofort als Broschüre veröffentlicht.

Damals suchte der zum Korreferenten bestimmte Admiral Brüninghaus die Verbreitung der Dittmannschen Broschüre zu verhindern. Er leitete eine große Aktion gegen sie ein beim Vorstand

des Reichstags und beim Untersuchungsausschuß. Der Verleger der amtlichen Publikationen wurde zu einer Beschwerde veranlaßt und man suchte den Staatsanwalt gegen die Broschüre mobil zu machen. Der Rechtsanspruch des Verlegers wurde vom Reichstagsvorstand für unberechtigt erklärt und der Verleger zog seine Beschwerde zurück. Die Aktion verlief wie das Hornberger Schießen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde aber im Untersuchungsausschuß am 27. Januar beschlossen, daß künftig Sonderveröffentlichungen ohne Zustimmung des Ausschusses unterbleiben sollen.

Nun hat der volksparteiliche Admiral Brüninghaus nachträglich das Bedürfnis gefühlt, auf die Enthüllungen Dittmanns ebenfalls mit einer Broschüre zu antworten, obgleich er selbst vom Dittmann überhaupt nicht angegriffen war. Brüninghaus beantragte also beim Ausschuß, daß auch er sein Referat sofort als Broschüre veröffentlichen dürfe. Da Brüninghaus seinerzeit der eifrigste Verfechter der „Vertraulichkeit“ war, wirkte dieser Antrag etwas komisch. Doch komischer aber war die Begründung, die der Admiral seinem „großen Dreh“ gab.

In einer früheren Sitzung des Ausschusses hatte Brüninghaus einen neuen „Dolchstoßhofenboden“ entdeckt. Er hatte nämlich behauptet, daß die Amerikaner — nach einer amerikanischen Neußerung — am Ende ihrer Kraft gewesen seien und in kürzester Frist mangels Ausrüstung den Krieg hätten aufgeben müssen. Der „Vorwärts“ hatte über diese neue Entdeckung des Seefahrers einige Stoffen gemacht, hatte Brüninghaus neben den Propheten Hergt einrangiert. Der eine prophezeit, daß die Amerikaner nicht fliegen und nicht schwimmen könnten, der andere aber verkündet nachträglich, daß sie keine Hofen und keine Gewehre mehr gehabt hätten.

Und bei diesen Amerikanerhofen hatte Brüninghaus ein, behauptete, dies ginge gegen ihn persönlich, er müßte sich deshalb verteidigen, er müßte Gelegenheit haben, die Dittmannsche in objektiver Weise aufzuklären, deshalb verlange er das Recht, sein Referat, das Ende April oder Anfang Mai gehalten werden soll, sofort als Broschüre veröffentlichen zu dürfen. Bei dieser Argumentation bogen sich die Balken des Sitzungssaales, denn Brüninghaus hatte den Antrag bereits einen Tag früher im 4. Unterausschuß gestellt, ehe der „Vorwärts“ ihn auf seinen Dolchstoßhofenboden festgenagelt hatte!

Die sozialdemokratischen Vertreter forderten einfach Dittmanns Referat, d. h. sie verlangten Aufhebung des Januarbeschlusses. Den Admiraleuten aber sagte das nicht; sie wollten Aufhebung der Vertraulichkeit in diesem angeblichen „Sonderfall“. Gegen 10 Linkstimmen wurde die Aufhebung des Januarbeschlusses abgelehnt, mit Stimmengleichheit aber auch die Anerkennung eines „Sonderfalles“. Es wurde dann einstimmig beschlossen: Der Admiral Brüninghaus soll machen, was ihm gefällt! Die gewünschte ausdrückliche Zustimmung zur Veröffentlichung der Broschüre wurde ihm also nicht erteilt. Seinen Beschluß auf Vertraulichkeit hat der Ausschuß nicht aufgehoben, aber praktisch läuft das Beschlossene daraus hinaus. Admiral Brüninghaus, der bisher jede Notiz des „Vorwärts“ über seine Wichtigkeit im Ausschuß vorgelesen hat, erhält hiermit die ausdrückliche Erlaubnis, es auch mit dieser Notiz zu tun.

Rolf Gärtner freigelassen.

Wegen Vortrags „aufreizender“ Gedichte war der Schauspieler Rolf Gärtner im Juni v. J. vom Staatsgerichtshof zu einundzwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden. Einen ihm in Aussicht gestellten Gnadenbeweis hatte er abgelehnt, weil er mit seiner Ehre nicht vereinbar sei. Das Reichsjustizministerium hatte sich infolgedessen entschlossen, dem von Freunden des Verurteilten gestellten Gnadengesuch die Empfehlung an den Reichspräsidenten zu verweigern. Nun hat man sich doch entschlossen, den Gefähr quimachen. Die weitere Strafkraft ist dem Verurteilten unter der Bedingung, daß er in den nächsten drei Jahren kein Verbrechen und kein schwereres Vergehen begeht, erlassen worden.

Der Reichstag genehmigte am Donnerstag die Vorlage über Ausprägung von 80 Millionen Zweimarkstücken in Silber.

kleiden. Köbisch wurde infolge ihrer Weigerung ungeduldig, sochte ihr Hemd an, um es herunterzuziehen und sagte dabei: „So machen Sie doch, ich habe nicht soviel Zeit!“ Die Strafkammer in Oels führte daraufhin aus, Köbisch habe die Schwester tatsächlich vergewaltigt; der Wohlheitsbeweis sei also geführt. Mit dieser Begründung wurde der Angeklagte freigesprochen und Köbisch hatte die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Wie hätte die Strafkammer in Oels wohl das Benehmen Münchmeyers gewürdigt, wenn sie in dem Verhalten Köbischs den Tatbestand einer Vergewaltigung erblickt hat? Haben wir nicht recht, wenn wir das Glück des Herrn Pastors Münchmeyer rühmen?

Tagung des Instituts für geistige Zusammenarbeit. Mittwoch hat die erste Zusammenkunft der Delegierten der Staaten, die an dem Institut für geistige Zusammenarbeit in Paris teilnehmen, stattgefunden. Nach einem offiziellen Kommuniqué ist dem Vertreter Oesterreichs, Mensdorff, der Vorsitz angeboten worden. Die Vertreter der Staaten haben sich damit beschäftigt, die wirksamsten Mittel für die Herstellung eines engen Zusammenarbeitens zwischen den verschiedenen Regierungen und dem Institut für geistige Zusammenarbeit zu prüfen. Es sind einige Entscheidungen getroffen worden, um diese Verbindung wirksamer zu gestalten. Die nächste Zusammenkunft der Delegierten ist auf Juli festgesetzt worden.

Die Volksbildung in der Republik der Wolgadeutschen. In der Sowjetrepublik der Wolgadeutschen werden lebhafteste Anstrengungen gemacht, um das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung zu heben, das sehr gesunken war. Nicht weniger als 30 Proz. der Bevölkerung der Wolgadeutschen sind Analphabeten. Das Bildungsministerium sieht es als seine erste und wichtigste Aufgabe an, diesen Uebelstand zu beseitigen. Nach dem vorliegenden Arbeitsplan soll das Analphabetentum bis zum Jahre 1928 völlig verschwunden sein. Ferner hat sich die Wolgadeutsche die Ziel gesetzt, der heranwachsenden Generation die notwendige Vorbildung zu geben, die dann die Einführung der allgemeinen Schulpflicht zum Jahre 1933 ermöglichen soll. Das Bildungsministerium muß ferner eine deutsche Beherrschung herabzubilden, da sämtliche Schuten der Wolgadeutsche jetzt die deutsche Unterrichtssprache haben sollen. Die größte Schwierigkeit macht die Gründung deutscher Schulen höherer Ordnung. Es sind jetzt 16 solche Schulen eingerichtet worden. Dazu kommen besonders Fachschulen, wie z. B. ein landwirtschaftliches Technikum zur Heranbildung von Agronomen u. a. Was die Zahl der Studenten betrifft, so waren im letzten Jahrzehnt vor 1914 nur etwa 50 Studenten aus den deutschen Wolgatonien auf Hochschulen. Heute studieren 230 Studenten, die teils dem Bauernstande, teils dem Proletariat der Wolgadeutschen angehören. Vor dem Kriege hatten die Wolgadeutschen nur eine einzige Zeitung. Jetzt hat die Republik der Wolgadeutschen einen Staatsverlag gegründet, der 3 Zeitungen und 2 Zeitschriften herausgibt, die Schulen mit Schulbüchern und die Veschalten und Bibliotheken mit wissenschaftlicher und landwirtschaftlicher Literatur versorgt. Späterhin will der Staatsverlag neben den Wolgadeutschen auch noch das Gesamtdeutschtum auf dem Gebiete des Sowjetbundes mit deutscher Literatur versorgen. Die kulturelle Verbindung der Wolgadeutschen mit Deutschland steht das Bildungsministerium als notwendig und sehr förderlich an.

50 Jahre jüdisches Theater. Die jüdischen Bühnen in Białystok und Polen feiern in diesem Jahr das Jubiläum 50-jährigen Bestehens der Theater in jüdischer Sprache. Der Gründer des ersten jüdischen Theaters war Abram Goldsaden, der aus Białystok stammte. Er gründete 1876 ein kleines Theater, aus dessen Bühnen zum erstenmal Stücke in jüdischer Sprache gespielt wurden. Goldsaden selbst war der Verfasser der meisten Stücke, die auf seiner Bühne zur Aufführung kamen, erst später erschienen andere dramatische Dichter, wie z. B. Risch und Juschkewitsch, die ebenfalls in dieser Sprache dichteten. Goldsaden ist im Jahr 1908 verstorben.

Weibliche Richter in der Türkei. Die moderne Türkei, die vor kurzem die Vielweiberei abgeschafft und die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in ihrem neuen bürgerlichen Gesetzbuch vollzogen hat, macht ganze Reformarbeit. Dieser Tage hat die Regierung in Angora zum erstenmal eine Frau zum Richter ernannt. Die Dame hat soeben ihr Examen an der Rechtsschule mit Auszeichnung bestanden. Bei der Übernahme ihres neuen Amtes hat sie erklärt, sie werde ohne Rücksicht und Schonung gegen die Männer vorgehen, die noch immer der Vielweiberei huldigen. Eine Türkin im Richterstuhl! Welchen umstürzenden Wandel hat das alte Osmanenreich erlebt!

Schützt den Kiebitz! Kiebitzer sind für viele ein begehrter Federbüßer, auf den sie sich in diesen Vorfrühlingsstagen besonders freuen. Aber jedem Vogelstunde müßte der Genuß vergällt werden, wenn er sich sagt, daß er mit diesem Luxus zur Vernichtung eines ebenso entzückenden wie nützlichen Tieres beiträgt. In England ist die Gefahr der Ausrottung des Kiebitz durch rücksichtslose Eier-sammler bereits nahegerückt, und die britische Gesellschaft für Vogel-schutz wendet sich mit der dringenden Bitte an die Allgemeinheit, lieber auf eine Federlei zu verzichten, als großen Schaden anzurichten. Die Hauptnahrung des Kiebitz ist die Wassergrüne; diese aber ist der Wirt des Leberegelns, eines Parasiten, der bei den Schafen die Leberfäule hervorruft, eine jüdische Krankheit, an der die Tiere unter großen Qualen eingehen. Durch die Verringerung der Kiebitze wird die Gefahr dieser Seuche vergrößert. Der erfahrene Kiebitzjäger sammelt nicht alle Eier aus dem Nest nehmen, und er wird sich nur solche aneignen, auf denen die Kiebitzhenne noch nicht gebrütet hat. Werden unbedürftete Eier aus dem Nest genommen, so legt Frau Kiebitz neue. Aber nimmt man ihr die bebrüteten, dann legt sie nicht mehr. Deshalb sollte nur ein beschränktes Sammeln von jachterfrühdigen Eiern gestattet sein.

Der Berliner Volkschor bezieht am Samstag, den 27., im Großen Saal der „Neuen Welt“ sein 32. Stützungsstadium als Kolonnen. Es wirken neben vielen anderen mit: der Balletmeister der Staatsoper Max Terpis, Volksspieß, Ruth Marcus, Welle Parkenberg und Vile Gahner vom Staatsballet. Mitwirkend soll Karlen in der Vorwärts-Buchhandlung und an der Abendkasse.

Musikern aus dem Geste der Jugend. Als Vebte unter den Kunst-erziehungsermittlungen des Winters findet am 27. abends 8 Uhr, im Großen Saal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht ein Musikabend mit dem Thema „Jugend und Musik“ statt. Professor Fritz Kilde wird über „Musikern aus dem Geste der Jugend“ sprechen. Karten zum Preis von 1 Mk. sind in der Gesellschafts-Bezirk, Potsdamer Str. 130, und an der Abendkasse zu haben.

Verschärfung des Sachsenkonflikts.

Ablehnung der Landtagsauflösung durch die Fraktionsmehrheit.

Dresden, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung den von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit gestellten Antrag auf Auflösung des Landtages mit 60 gegen 27 Stimmen ab.

Damit ist die Hoffnung, die weite Parteitreife nicht nur in Sachsen auf eine gütliche Beilegung des Sachsenkonflikts bezogen, gescheitert. Das ist um so bedauerlicher, als die Möglichkeit, durch ein geschlossenes Vorgehen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Sachsen die Grundlage für eine Beilegung des Parteistreits im Lande zu schaffen, nunmehr wohl als ausgeschlossen bezeichnet werden muß. Und das, trotzdem allgemein nach den Bemühungen des Parteivorstandes und nach dem Verlauf des sächsischen Landesparteitages am 30. und 31. Januar d. J. in der Partei die Auffassung verbreitet war, daß nunmehr die Bahn frei sei für ein gemeinsames, verständnisvolles Zusammenarbeiten der sich bisher in Sachsen bekämpfenden Fraktionsmehrheit und -minderheit.

Der Parteitag in Heidelberg hatte entsprechend den Vorschlägen der von ihm eingesetzten Kommission beschlossen, daß zunächst die bis dahin gespaltenen Landtagsfraktionen wieder eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden und daß weiter die von den Organisationen wiederholt geforderte Landtagsauflösung möglichst bald zu erfolgen habe, sobald ein politischer Grund vorliege. Ueber die Frage, wann dieser Zeitpunkt gekommen sei, sollten Organisationen, Fraktion und Parteivorstand mit je einer Stimme entscheiden. Die Fraktionsgemeinschaft wurde wiederhergestellt. Nachdem Monate hindurch in Anwesenheit von zwei Vertretern des Parteivorstandes verhandelt worden war, ohne daß ein politischer Grund gefunden wurde, der zur Landtagsauflösung führte, unterbreiteten die Organisationen den Instanzen einen Antrag, nach dem je 10 Millionen Mark zur Vinderung der Not der durch die Wirtschaftskrise Betroffenen und zur Bereitstellung von Arbeitsstellen bewilligt werden sollten. Die Deckung sollte durch einen 30prozentigen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer unter Ausschaltung der Einkommen bis 3000 M. erfolgen. Außerdem sollten den Gemeinden für den Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Der Parteivorstand stellte sich auf den Boden dieser Anträge. Die Fraktionsmehrheit lehnte sie ab und erklärte, daß die von der Regierung einzubringenden Gesetzentwürfe auf Neuregelung der Grund- und Gewerbesteuer und auf Wenderung des Bodenperrgesetzes die Auflösung des Landtages bewirken würden. Die Fraktionsmehrheit gab aber weiter den beiden Vertretern des Parteivorstandes die ehrenwörtliche Erklärung ab, daß, wenn diese Gesetzentwürfe nicht bis Mitte März zur Landtagsauflösung führen würden, sie bereit sei, auch ohne Vorhandensein eines politischen Grundes noch vor dem Eintritt in die Interferien die Landtagsauflösung herbeizuführen. Der Parteivorstand, zur Entscheidung angerufen, beauftragte seine Vertreter, möglichst eine Kombination der beiden Auffassungen zu versuchen, gab aber im übrigen seinen Vertretern Vollmacht, so zu handeln, wie die Verhältnisse in Sachsen es erforderten. In einer am 30. Januar abgehaltenen Sitzung der Vertreter beider Richtungen erklärten sich die Vertreter der Fraktionsmehrheit bereit, die Anträge der Minderheit mit den Gesetzentwürfen zugleich einzubringen. Die Organisationen erklärten diesen Boden nicht betreten zu können. In einer am 31. Januar abgehaltenen Fraktionsitzung wurde mit 22 Stimmen beschlossen, daß die Anträge der Organisationen am 2. Februar im Landtage einzubringen seien, und zwar als Anträge der Gesamtfraktion.

Sowohl in den weiteren Verhandlungen als auch auf dem Landesparteitag selbst spielte die Erklärung der Fraktionsmehrheit, eventuell auch ohne politischen Grund aufzulösen, die Hauptrolle. Keiner der anwesenden Vertreter der Fraktionsmehrheit widersprach dieser Auffassung, so daß die Vertreter des Parteivorstandes ohne Widerspruch erklären konnten, daß zwischen den beiden in erster Linie in Betracht kommenden Instanzen über die Frage der Landtagsauflösung eine Verständigung erzielt sei. Die gleiche Erklärung gab auch der Landesvorsitzende widerspruchlos auf dem Parteitage ab. Es mußte also damit gerechnet werden, daß nunmehr die Grundlage für eine Einigung geschaffen worden sei. Bestärkt wurden die noch Zweifeln hierin durch das Verhalten der Fraktionsmehrheit in der ersten Fraktionsitzung nach dem Landesparteitag, wo man sich kameradschaftlich unterhielt über die Sachen, die noch vor der Auflösung erledigt werden mußten.

Der weitere Verlauf zeigte allerdings, daß die Sache nicht so glatt ging. Die bürgerlichen Parteien betrieben bei Beratung der Anträge der Fraktion offene Sabotage und lehnten schließlich den Deckungsantrag ab. Leider fanden sie hierbei die Unterstützung von Vertretern der Fraktionsmehrheit. Die Beratung der Gesetzentwürfe, die nach Auffassung der Fraktionsmehrheit unbedingt die Auflösung zur Folge haben mußte, wurde nicht gefördert. Nach Rücksprache mit Vertretern der Organisationen und der Fraktionsmehrheit hat dann der Parteivorstand bestätigt, daß die Vereinbarung über die Landtagsauflösung Gültigkeit habe und innezuhalten sei. Er hat auch in einem persönlichen Schreiben an jedes einzelne Mitglied der Fraktionsmehrheit dringend und kameradschaftlich ermahnt, doch zur Durchführung der Vereinbarung beizutragen. Trotzdem hat, wie obige Meldung zeigt, der größte Teil der Fraktionsmehrheit es abgelehnt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Münchener Fälscherhilfe.

München, 25. März. (Eig. Draht.) In der ungarischen Frankenscheraffäre wird neuerdings bekannt, daß der Sekretär des Prinzen Windischgrätz, Rado, ebenso der Graf Teleki und zwei weitere Beratern des Prinzen namens Boró und Ketal wiederholt im kartographischen Institut in München wegen Papierlieferung zur Herstellung von angeblichen Reliefforten verurteilt wurden. Tatsächlich wurde aus diesem Institut solches Papier nach Budapest geliefert. Diese Tatsachen haben auch französische Beamte vor kurzem in München festgestellt. Sie haben, entgegen den amtlichen Dementis, in der Affäre selbständig Untersuchungen in München vorgenommen.

Chamberlain, dem gestern das Ehrenbürgerrecht der Londoner City verliehen wurde, hielt bei dieser Gelegenheit wieder eine Rede über Bocarno und den Kaiserbund. Er nannte Luther und Stresemann „zwei große und weisbildende Staatsmänner“, denen neben der „mutigen und wehrhaften Politik des großen Franzosen“ Briand das Hauptverdienst am Werke von Bocarno zuzuschreiben sei. Ueber die Zukunft des Kaiserbundes sprach er sich zuversichtlich aus.

Freunde der SK.

Die Vieferungen der Firma Stier vor dem Ausschuß.

Der Gemeindefrat des Landtages hielt gestern eine Abend-sitzung ab. Der im Untersuchungsgefängnis vernommene Schulz hat an den Ausschuß ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Angaben ergänzt und richtigstellt. Er erklärt u. a. die große Anzahl SK-Kommandos im Kreise Rebus damit, daß die Großgrundbesitzer dieser Gegend die Bewegung unterstützten. Das Justizministerium teilt dem Ausschuß mit, daß das Landsberger Verfahren dem Staatsgerichtshof überwiesen ist. Darauf erstattet Abg. Dieß (Z.) den Bericht über die Einsichtnahme in die Geschäftsbücher der Firma Stier. Er erklärt, eine restlose Aufklärung des Beweisthemas sei nicht möglich, weil trotz allem Suchen das Hauptkontorrent nicht aufzufinden war. In einem Privatkonto des Hauptmanns Stier sind

in der Zeit vom 20. Juni 1923 bis zum Januar 1924 Belastungen für verschiedene Personen, darunter für v. Pannow, Oppermann, Ebersbach, Schmiedeberg und unter dem 4. August eine Belastung für Klapproth.

Der Berichterstatter erklärt, er habe die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß noch ein weiteres Buch existiere, das aber nicht aufzufinden sei. Mit Sicherheit sei festzustellen, daß in der Zeit vom Juni 1923 bis zum Januar 1924 irgendeine unmittelbare Verbindung zwischen Walbert Stier und den Tochtergesellschaften einerseits nicht bestanden hat. Die Sache liege so, daß Hauptmann Walter Stier einige Offiziere der Kommandos besetzt habe, mit denen er in einem engeren persönlichen Verhältnis gestanden hat, und es sei auch möglich, daß er einige Beiträge selbst bezahlt oder vorgeschossen hat. Es bestünde auch die Möglichkeit, daß ihm von irgendeiner Seite Mittel zur Verfügung gestanden haben. Bestimmte Anhaltspunkte dafür seien nicht vorhanden. Es habe auch ein Konto für die Zentralstelle der Kameradschaftsbücherei bestanden, deren Vorsitzender der Angestellte von Stier Vogl ist. Der Berichterstatter schließt seinen Bericht mit der Anregung, von Seiten des Ausschusses alles zu unterlassen, was das Ansehen der Firma Stier, die in der Hauptsache Behörden bezieht, schädigen könnte, und ergänzt den Bericht im Verlauf der Debatte dahin, bezüglich der fehlenden Eintragungen ins Hauptbuch über die Vieferung einzelner Stücke sei zu erklären, daß dies an sich nichts Auffallendes ist. Walter Stier habe offenbar aus freundschaftlichen Gründen für seine alten Bekannten hin und wieder etwas besorgt.

Abg. Dösch (Komm.) hält eine weitere Aufklärung für notwendig, um so mehr, als nach der Mitteilung des Berichterstatters in den Büchern der Firma Klapproth vorhanden sei.

Durch Einblick in die Kartothek habe er auch den Namen Tschom, der beim Morde Rathenau eine Rolle spielte, entdeckt. Es sei notwendig, Zeugen zu vernehmen, die in die Angelegenheit

eingeweiht sind und die aussagen können, in welcher Art sich die Beziehungen abgepielt haben. Abg. Dösch benennt weiter den wegen Fremdenmordes verurteilten Feldwebel Stein als Zeugen darüber, daß die Firma Stier nicht nur an die Kompanie v. Pannow, sondern auch an das Bataillon Benn, dem Stein angehört, scheinungsweise grüne Uniformen geliefert habe zu einer Zeit, als sich die Laten abspielten. Stier arbeite heute noch in erheblichem Umfange für Behörden, insbesondere für die Schupo, für das Wohlfahrtsamt um.

Abg. Roth (Dnal.): Nachdem wir die Ausführungen des Abg. Dieß gehört haben, bin ich der Meinung, daß kein Bedürfnis nach der Vernehmung der vom Abg. Dösch benannten Zeugen besteht.

Abg. Eichhoff (D. Sp.) erinnert daran, daß man auf die Firma Stier erst durch die Befundungen des Herrn Stier gekommen sei, daß er den Oberleutnant Schulz seit 1923 kenne und ihm damals auf dem Umwege über den Landarbeiterverband Anzüge geliefert habe. Stier hat diese erste Befundung widerrufen. Dieser Widerruf scheint richtig zu sein. Es scheint noch den Büchern festzustellen, daß sich Stier im Irrtum befunden hat. Ist das so, dann weiß ich nicht, warum die Beweisanträge in dieser Richtung weiter ausgedehnt werden sollen. Welchen Zusammenhang sollen die Beweisanträge des Abg. Dösch mit den Fremdenmorden haben? Ich bedaure, daß Herr Dösch so oft Behauptungen aufstellt, an denen nachher nichts Wahres ist. An den genannten Personen bleibt in der Öffentlichkeit aber doch etwas hängen. Das Verhalten des schwer belasteten Oberleutnants Schulz hat mir viel besser gefallen. Schulz wollte Leute nicht nennen, zu denen er einwandfreie Beziehungen hatte, weil er glaubte, es würde dann ein Ratel an ihnen haften. (Zuruf des Abg. Riedel: Schulz wird schon seine Gründe gehabt haben!) Das ist eine Behauptung, die Sie wahrscheinlich nicht beweisen können.

Abg. Riedel (Dem.): Für die durch Jurat aufgestellte Behauptung habe ich verschiedene Anhaltspunkte. Ich will zwei sehr triftige nennen.

1. Es ist mir zuverlässig mitgeteilt, daß bei Schulz die Photographie einer bekannten politischen Persönlichkeit mit einer sehr freundschaftlichen Widmung gefunden worden ist.

2. Daß an gewissen Besprechungen aus dem Sommer 1923, über die Schulz selbst ausgesagt hat, eine sehr bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens mindestens einmal teilgenommen hat, deren Namensnennung bei allen das lebhafteste Erstaunen hervorrufen würde.

Damit schließt die öffentliche Sitzung. In der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung beschloß der Ausschuß, am 13. April in öffentlicher Sitzung den Bericht über die Vernehmung der Zeugen vor den einzelnen Amtsgerichten entgegenzunehmen und mit den Plaidoyers zu beginnen.

Ein enthüllter Enthüller.

„Kapitalistengelder für die Sozialdemokratie.“

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Die „Tägliche Rundschau“ bringt Enthüllungen des Herrn Karl Erdmann-Zehendorf, die Sensationelles über die Sozialdemokratie bringen sollen. Es ist merkwürdig, daß ein Organ der Großbourgeoisie sich auf Herrn Erdmann, den eben von der höchsten Organisation der Unternehmer abgehaltene Mann, zu berufen den schlechten Geschmack hat. Das Blatt weiß, daß Herr Erdmann gleichzeitig den Arbeitgeberverbänden gedient und sich als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ausgespielt hat. Dem Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei kam er zuvor durch seinen Austritt.

Ein Berliner Antisemitenblättchen, in dessen Verlag die Broschüre des Herrn Erdmann demnächst erscheinen soll, bringt die Enthüllungen der „Täglichen Rundschau“, vermehrt um einige weitere Briefe. Diese Briefe erinnern sehr an die Enthüllungsbroschüre des Korbmachers Fischer seligen Andenkens, der einmal einen gleichgültigen Brief Bebels veröffentlichte, der mit „Werter Genosse“, der in unserer Partei üblichen Artrede eingeleitet wurde, aus welcher Nebenabsicht die sozialistenfreundliche Presse weitgehende Schlüsse über die „Beziehungen“ Bebels zu Fischer zog.

In den beiden Zeitungen wird davon gesprochen, daß Herr Erdmann dem sozialdemokratischen Parteivorstande, zu Händen des Genossen Adolf Braun, 250 000 Mark (Papiernark) für den Wahlfonds der Partei übergeben hat. Erdmann deutet selbst an, daß Genosse Braun ein außerordentlich ertragreiches Geschäft gemacht habe. Er sei nicht so wie der Genosse Paenus. Wenn er große Gewinne mache, müsse auch die Partei davon ihren Anteil haben. In dem Gespräch ließ pp. Erdmann die Bemerkung fallen, daß die Haltung der Sozialdemokratie gegen den russischen Bolschewismus und gegen die Deutsche Volkspartei sich doch ändern solle. Genosse Braun wies ihm deshalb die Tür mit der Bemerkung, daß der Parteivorstand niemals und von niemandem Geld genommen habe und nehme, wenn an diese Zuwendung an die Partei irgendwelche Bedingungen geknüpft würden. Dieses Gespräch wurde so laut und lebhaft geführt, daß Genosse Barfels in Brauns Zimmer kam, woraus sich Erdmann mit großer Lebhaftigkeit darlegte, daß Braun ihn mißverstanden habe, es sei ihm durchaus nicht eingefallen, an die Geldzuwendung für die Partei irgendeine Bedingung knüpfen zu wollen. Einige Wochen nachher kam Erdmann in Begleitung des damals im Dienst der Partei stehenden und heute jenes Antisemitenblättchen redigierenden Arno Franke und übergab Braun 250 000 Mark in von der Reichsbank gebundenen Banknoten.

In der ersten Fraktionsitzung des neugewählten Reichstages erfahren wir, daß Erdmann die von Braun ihm übergebene Duitung benutzt habe, um von dem Genossen Krähig — freilich vergeblich — die Zurücknahme einer Klage zu erreichen. Dies nahm Genosse Wels zum Anlaß, um von Erdmann die Duitung zurückzuführen. Erdmann versprach dies, aber erst nach etwa 14 Tagen gab er die Duitung zurück. In der Zwischenzeit hatte er sie auch photographieren lassen, später mehrere Exemplare in Umlauf gesetzt. Herr Rabold und wie es scheint auch die Redaktion der „Roten Fahne“ erhielten derartige Photographien. Die weiteren verprochenen 750 000 Mark hat pp. Erdmann nie abgeliefert. Die 250 000 Mark sind dem Wahlfonds bedingungslos und ausdrücklich als eine persönliche Zuwendung des Herrn Erdmann unter Berufung auf seine und seines Vaters alte

Parteienoffenschaft übergeben worden. Es lag auch weder ein Anlaß noch ein Recht vor, diesen Beitrag zurückzuzahlen.

Eine gewisse Vorsicht in der Veröffentlichung des Herrn Erdmann und in der Wiedergabe der „Täglichen Rundschau“ ist zu erkennen, da die ganze Angelegenheit demnächst an Gerichtsstelle verhandelt werden wird, wo vermutlich die Herren Erdmann und Arno Franke Gelegenheit finden werden, unter Eid auszusagen. Sie werden sich hüten, auch nur einen i-Punkt von der hier gegebenen Darstellung zu bestreiten.

Diese Mitteilung dürfte den Mann mit der photographierten Duitung hinlänglich kennzeichnen. Es sei nur noch erwähnt, daß bisher außer der 70prozentig deutschnationalen „Täglichen Rundschau“ und dem oben erwähnten Antisemitenblättchen nur „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, Notiz nimmt. Dieser gibt seinen Auszügen aus dem Aufhängebogen der Erdmann-Broschüre den Titel: „Kapitalistengelder für die Sozialdemokratie“, um zum Schluß die Aufmerksamkeit von den offenen Korruptionsgeldern abzulenken, die christliche Gewerkschaftler von dem organisierten Unternehmertum angenommen haben.

Darauf allein kommt es an, nicht darauf, ob die Sozialdemokratie von einem sich als sehr wohlhabend ausgebenden Parteigenossen — Erdmann — durchs Lebenshaltung ließ diese bürgerliche Wohlhabenheit äußers glaubwürdig erscheinen — Unterstützung auch in größeren Beträgen annahm. Ein Analphabet schon müßte sich sagen, daß eine Partei, die von sich aus Erdmann als „politischen Hochstapler“ bezeichnet und aus der Partei emigriert hat, nicht durch ihn korumpiert sein kann. Daß im Jahre 1920 noch viele Parteigenossen an die Uneigennützigkeit seiner Absichten glaubten, braucht weder bestritten noch entschuldigt zu werden. Daß man ihm aber den Stuhl vor die Tür setzte, sobald sein enges Tochtermädchen mit der Arbeitgebervereinigung — im Jahre 1925! — bekannt wurde, redet doch wohl eine andere Sprache als die Berufungspolitik, die im „Deutschen“ hinsichtlich der bloßgestellten Führer des christlichen Landarbeiterverbandes getrieben wird. Was der aus der Partei emigrierte Duitungsmann schimpft und veröffentlicht, kann uns vollkommen gleichgültig sein. Die Arbeitgebervereinigung und ihre Agenten haben erfahren, daß die Sozialdemokratie sich nicht korumpieren läßt, wenn sie ihre Veruche auch noch so verschlagen und listig anstellen!

Rückgang der Erwerbslosigkeit um 5 Proz.

Auf Grund der im Reichsarbeitsministerium eingelaufenen Berichte der Landesarbeitsämter über die Arbeitslosigkeit ist festzustellen, daß durchschnittlich ein Rückgang der Erwerbslosigkeit um 5 Proz. in der bevorstehenden Berichtswche eingetreten ist. Der Rückgang ist besonders stark in den östlichen Gebieten und Bayern, während Westdeutschland teilweise noch Erhöhungen aufweist.

Attentatsplan gegen Minister Kühl?

Breslau, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Bahnhof Oberursel bei Wärrisch-Ostera (Tischhofswater) soll nach einer Meldung aus Oderberg ein Reichsdeutscher verhaftet worden sein, auf den die Polizei wegen seines aufgeregten Benehmens an der Grenze aufmerksam wurde. Er hatte keinen Paß und erklärte bei seinem Verhör, daß er Mitglied einer deutschen rechtsradikalen Organisation und in dieser ausgelöst worden sei, auf den Reichsinnenminister Dr. Kühl ein Revolverattentat auszuführen. Da er vor diesem Auftrag zurückgeschreckt sei und infolgedessen die Feme zu befristeten geholt habe, sei er über die Grenze geflohen. Weitere Nachrichten fehlen noch.

Wie wir auf Anruf in Prag erfahren, hat das dortige offizielle Depeschembureau vorstehende Nachricht am Donnerstagnachmittag angegeben und hinzugefügt, daß die Untersuchung schwebt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Propaganda der Arbeitgeberverbände.

Und die 5000 M. für die christliche Gewerkschaft.

In der bereits erwähnten Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 12. März sah sich Herr von Borjig auch gezwungen, auf die moralische Krise in der Vereinigung einzugehen, in die sie insbesondere von den Herren von Zengen und Reisinger gebracht wurde. Herr von Borjig führte hierzu u. a. aus:

„In der letzten Zeit ist an der Vereinigung sowohl von außenstehender Seite als auch in ihren Mitgliederkreisen vielfach Kritik geübt worden. Dies ist nicht nur aus der allgemeinen durch die wirtschaftliche Depression erfolgten Mißstimmung ... herzuleiten, sondern Anlaß zu dieser Kritik haben darüber hinaus einzelne bestimmte Vorgänge gegeben ...

Es ist zunächst, nimmere schon vor geraumer Zeit, aus den Reihen der Mitglieder heraus, vielfach die Ansicht vertreten worden, daß die Propagandatätigkeit der Vereinigung ... einen Umfang angenommen habe, der nicht mehr durch die Sache selbst gerechtfertigt sei.“

Es sei denn auch — seit wann sagte von Borjig nicht — eine wesentliche Einschränkung der Propagandaapparates und der Propagandatätigkeit der Vereinigung erfolgt. Die Meinung darüber, ob die seither von der Vereinigung ausgeübte Propagandatätigkeit über das nützliche Maß hinausging, sei gestellt gewesen. Man habe aber sowohl aus taktischen als auch aus sachlichen und aus finanziellen Gründen eine Einschränkung der Propagandatätigkeit befürwortet.

„Ich glaube aber“ — versicherte von Borjig — „daß Fehler (!), wie sie auf diesem Gebiete vielleicht (!) in der Vergangenheit (d. h. der jüngsten Vergangenheit. D. Red.) gemacht worden sind, wahrscheinlich (!) in der Zukunft vermieden werden dürften.“

Den Vorwurf, daß die Vereinigung bei ihrer Propagandatätigkeit sich nicht einwandfreier Mittel bediene, Wissenschaftler gekauft habe, suchte von Borjig mit dem Hinweis zu parieren, daß ja auch die Arbeitnehmer sich sehr gern sicherlich meistens gleichfalls honorierter Mitarbeiter von Gelehrten bedienen. Dieser Vergleich schließt hinführend an dem Kernpunkt vorbei!

„Waarher wurde der Vereinigung in der breitesten Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht, sie habe auf unläutere Weise durch Hingabe von Darlehen (es handelt sich hier um

das berühmte 5000-M.-Darlehen)

die christlichen Gewerkschaften in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen wollen. Hierzu möchte ich folgendes erklären: Herr von Zengen, der seitliche Leiter der Propagandaabteilung ... hat im verflochtenen Jahre selbständig und auf eigene Verantwortung an eine wirtschaftliche Organisation des christlichen Landarbeiterverbandes ein Darlehen von 5000 M. gegeben, das dazu bestimmt war, eine augenblickliche wirtschaftliche Notlage zu beheben. Dieses Geld ist scheinbar (!), nachdem es hingegeben war, andere Wege gegangen und vielleicht (!) teilweise im Interesse des damals bereits wegen politischer Vergehen inhaftierten Oberleitnants Schulz verwandt worden.“

Begreiflich, daß Herr von Borjig bemüht ist, die Dinge möglichst harmlos darzustellen. Als ob es sich um die selbstverständliche Sache von der Welt handle, berichtet er, daß „der seitliche Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ an eine Lebensorganisation des Verbandes der christlichen Landarbeiter ein Darlehen von 5000 M. gegeben habe, um dieser Arbeitnehmerorganisation aus einer Notlage zu helfen. Bei dem Verzicht, sich die Handlungsweise des Herrn von Zengen zu erklären, ist Herr von Borjig auf den Gedanken gekommen, daß möglicherweise das Geld gegeben worden sei, um den christlichen Landarbeiterverband bzw. eine seiner Organisationen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Die Vereinigung habe eine solche Absicht nicht gehabt, und die zuständigen Organe der Vereinigung hätten erst aus der Presse erfahren, was in ihrem Betriebe vorgegangen ist. Das läßt tiefblicken — sagte Sobor.

Harmloser noch ist die Rolle, die die Vereinigung bei der Ver-

breitung der Schriften eines gewissen Verlages gespielt hat. Nach der Darstellung ihres Vorsitzenden, der darüber sagte:

„Die Mitwirkung der Vereinigung bei der Herausgabe der bewußten Schriften hat sich vielmehr darauf beschränkt, dem Verlag, der diese fertig vorliegenden Schriften herausgeben wollte, diese Herausgabe finanziell zu ermöglichen.“

Fretlich, wie der der christlichen Landarbeitergewerkschaft erwiesene Ekelmut der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, bedarf auch die dem Erdmann-Verlag bewiesene finanzielle Hilfsbereitschaft einer gewissen Motivierung, die Herr von Borjig folgen läßt:

„Was die Vereinigung getan hat, ist also nur dies: sie hat ermöglicht, daß auch Sozialisten, die nicht die gleiche Meinung haben, wie sie offiziell von den Gewerkschaften vertreten und gebilligt wird, einmal in der Öffentlichkeit zu Worte kommen könnten. ... Man mag über den eingeschlagenen Weg verschiedener Meinung sein. (Was wir uns samt den Gewerkschaften gestatten möchten. Die Redaktion.) Man mag hierbei denken wie man will, von dem Vorwurf der Korruption bleibt in jedem Falle nichts übrig.“

Den Herausgeber, der nicht auf Veranlassung der Vereinigung an dem Inhalt der Schriften „sachliche Änderungen“ vorgenommen habe, ließ Herr von Borjig ein wenig fallen. Er hatte die Taktik der Vereinigung zu rechtfertigen, versprach, etwaige Schäden auszumergen und die Vereinigung zu neuer Blüte und neuem Glanz zu bringen. Dafür erntete er allseitigen Beifall.

Lohnabbau — statt Preisabbau!

Scharfmacher überall!

Auch die Arbeitgeber der Arbeitsgemeinschaft der Zentralheizungsindustrie für Gas- und Wasserleitungsbeamten und des Klempnergewerbes Groß-Berlins haben den Tarifvertrag, den der Deutsche Metallarbeiterverband mit ihren Organisationen abgeschlossen hat, gekündigt, zu dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne um 10 Pf. pro Stunde herabzusetzen. In der Verhandlung, die am 24. März von Organisation zu Organisation geführt wurde, beharrten die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt, die Löhne herabzusetzen und lehnten den Antrag der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, den Vertrag zu verlängern, rundweg ab. Es wurde dann beiderseits eine Verständigung erzielt, daß der Schlichtungsausschuß zur Schlichtung des Streites einberufen werden soll.

Zur Beilegung des Lohnkonflikts in den Betrieben des BMBV. verhandelt der Schlichtungsausschuß heute Freitag.

Kommunistische Außenleiter.

Was jagen Pief und Casper dazu?

Als der „Vorwärts“ die Richtlinien der KPD. zu den Betriebsräteahlen, die den kommunistischen Funktionären zugestellt wurden, veröffentlichte, da erhob sich im anderen Lager großes Geschrei darüber, daß der „Vorwärts“ an der Ehrlichkeit dieser Richtlinien zweifelte. Noch am Dienstag, den 23. März, veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen Beschuß, der die Betriebsratswahl in Siemens-Werner-Werk behandelte, und der die KPD-Genossen verpflichtete, bei den jetzigen Betriebsräteahlen nur eine freigewerkschaftliche Liste aufzustellen und sich für die Durchführung dieser Liste einzusetzen. Sollte trotzdem eine Gegenliste aufgestellt werden, dann wolle die KPD. gegen diese ihre Genossen mit den schärfsten organisatorischen Mitteln vorgehen.

Wie wir nun erfahren, ist trotzdem im Werner-Werk eine „oppositionelle“ Liste eingereicht worden. Im trauten Verein mit der Weger-Union haben führende KPD.-Beute dieser Streich aus dem Hinterhalt geführt. Man kann also auch diesmal wieder sehen, wie unzuverlässig die Taktik der KPD.-Zentrale ist, die mit großen Tönen öffentlich dafür eintritt, daß nur freigewerkschaftliche Listen in diesem Jahre aufgestellt werden dürfen. Hat man für den Siemens-Konzern „Sonderrichtlinien“ herausgebracht oder erudet die KPD.-Zentrale jetzt, was sie jahrelang gefüt hat? Wie will sie nun diese wild-gemordenen Spießbürger zur Ordnung rufen? Aus dieser engen Verbindung mit der Weger-Union, dem augenblicklich größten Feinde der KPD., muß der Abweg zu den Gelben führen. Nun haben Casper und Pief das Wort! Wir sind wirklich gespannt, ob sie es fertig bringen, ihren verfahrenen Parteifarren im Siemens-Werner-Werk wieder flottzumachen.

Zusammenfassung der Kaufmannslehrlinge.

Schulentlassung und noch einige freie, frohe und Stunden, dann beginnt für den Jungen und das Mädchen die berufliche Tätigkeit in Laden und Kontor. Das tägliche Spiel mit den Kameraden muß ernster Arbeit Platz machen. Berufliche Ausbildung heißt für den jungen Menschen, sich das Rüstzeug zu schaffen, um allen späteren Anforderungen Genüge zu leisten. Gerade der kaufmännische Beruf fordert von dem einzelnen viel Wissen. Nichts darf unterlassen werden, was der Lehrlingsausbildung förderlich sein kann. Dazu gehört, daß sich der Lehrling einer Organisation anschließt, die bestrebt ist, sein berufliches und Allgemeinwissen zu fördern. Das ist der Zentralverband der Angestellten. In seinen Jugendgruppen wird diese ernste Arbeit gepflegt, daneben fehlen aber nicht die edle Geselligkeit, Wandern, Sport und Spiel. Sofort nach Beitritt zum ZV. erhält der Jugendliche kostenlos die „Jugendblätter des ZV.“ Sie enthalten Aufsätze über Buchführung, Schach- und Wechsellöhre, Reklamewesen usw. Auf Anfordern wird ein Probeexemplar übersandt. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Die Hauptgeschäftsstelle Berlin SO. 26, Oranienstraße 40/41, gibt alle gewünschten Auskünfte.

Mädchen vom Lande — meidet die Großstadt!

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands schreibt uns: Die herrschende Wirtschaftskrise hat eine gewaltige Arbeitslosigkeit zur Folge, von der unter anderem auch Hunderttausende von weiblichen Arbeitskräften betroffen wurden. Es ist menschlich begreiflich, daß namentlich die von der Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Mädchen aus der Industrie und dem Handelsgewerbe alles versuchen, um Arbeit zu bekommen. Manche von ihnen hoffen, in der Hauswirtschaft Arbeit zu finden, und nehmen daher die städtischen Arbeitsnachweise für „Hausgehilfen“ in Anspruch. Diese Arbeitsnachweise sind aber zurzeit in allen Großstädten überfüllt, ohne daß die Möglichkeit besteht, auch nur einen wirklich nennenswerten Teil der heimischen Mädchen in Arbeit zu bringen. Dazu kommt, daß viele junge Mädchen aus den ländlichen Bezirken, die bekanntlich während der Winterzeit nichts zu tun haben, ebenfalls nach den Großstädten kommen und sich um Stellung in der Hauswirtschaft bemühen. In Rücksicht auf die städtischen und sonstigen Gefahren, die für die vom Lande nach der Großstadt ziehenden jungen Mädchen bei dem herrschenden Wohnungs- und Arbeitsmangel in den Großstädten besteht, erscheint es ratsam, sie vor dem Zug nach den Großstädten zu warnen.

Im übrigen seien alle in der Hauswirtschaft Stellung Suchenden darauf aufmerksam gemacht, den beruflichen Hausgehilfen in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht durch Unterbietung des Lohnes usw. in den Rücken zu fallen. (Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.)

Freie Gewerkschaften. Heute, Freitag, haben folgende Gruppen: **Bermerplatz:** Jugendheim Sanderstr. 11. Unterhaltungsabend. — **Wedding:** Jugendheim Sanderstr. 11. Unterhaltungsabend. — **Wilmersdorf:** „Kapitalkasse“ „Vormittags“. Ein Tag aus unserem Leben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten. Heute, Freitag, 7½ Uhr, sind folgende Gruppenabend: Gruppe Osten: Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 6). — Gruppe Mitte: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe Süd: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe West: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe Nord: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe Ost: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe Süd: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe West: Jugendheim Sanderstr. 11. — Gruppe Nord: Jugendheim Sanderstr. 11.

Hand- und Kopparbeiter des AEG-Konzerns!

Am Sonntag, 28. März, vormittags 10 Uhr, findet im Hauptgebäude (Eingang: Anhalterstr. 63) Genosse Dr. Rudolf Brückhoff über: „Die Aufgabenstellung der Gewerkschaften und ihre Bedeutung für die deutschen Arbeitnehmer“. Mitglieder der KPD. und sympathisierende sind einladend. Eintritt gegen Bereinigung des Parteibuches und der Eintrittskarten, welche bei den Betriebsräten des Betriebes erworben werden.

Veranstaltung des AEG-Konzerns. Am Sonntag, 28. März, vormittags 10 Uhr, bei Genosse, Eichler Str. 126 (Rothschilds-Tor), wird eine Versammlung aller Parteigenossen. Genosse Rife spricht über: „Der Kampf um die Volkswirtschaft“. Redner: Genosse Rife. Eintritt frei.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; **Stichtisch:** Arthur Götter; **Gewerkschaftsbewegung:** Dr. Götter; **Reaktion:** Dr. John Schilling; **Verfall und Konflikte:** Felix Karst; **Einigkeit:** Dr. Götter; **Einigkeit in Berlin:** Berlin: **Vormittags-Bericht:** G. m. b. H. Berlin. **Größe:** Formations-Buchdruckerei und Betriebsrat Paul Singer u. Co. Berlin SO 18, Lindenstraße 2, Platz 2, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Frisches Fleisch	
Suppenfleisch	Pfund 66 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 85 Pf.
Kaibskamm u. Brust	Pfund 65 Pf.
Kaibsnierenbraten	Pfund 70 Pf.
Schweinebauch und Rücken mit Blige.	Pfund 1 05
Liesen	Pfd. 90 Pf. Gehacktes 70 Pf.
Pökelkamm	Pfund 1 25
Prima Gefrierfleisch	
Rinderkamm u. Brust	Pfund 50 Pf.
Nirschblätter	Pfd. 95 Pf. Ragout 45 Pf.
Junge Tauben frisch geschlacht.	90 Pf. 1 30
Suppenhühner frisch geschlacht.	1 25 1 50
Kaninchen gestreift u. ausgewaschen.	Pfd. 1 15
Rotwurst und Landleberwurst	
Mettwurst grobe.	Pfd. 1 30
Gefüllt. Schinken	Pfd. 1 30
Jagd-u. Fleisch.	Pfd. 1 55
Mettwurst	Pfd. 1 60
Königsstraße, Rosenthaler Straße, Moritzplatz	
Landleberwurst	Pfd. 1 00
Speckwurst	Pfund 1 00
Dampfwurst	Pfund 1 05
Berl. Mettwurst	Pfd. 1 05
Bier- u. Filetw.	Pfd. 1 60
Feine Leberw.	Pfd. 1 60
Zervelat u. Salami	Pfd. 1 80
Schinkenspeck	Pfd. 1 90
Polnische Wurst	Pfd. 1 40
Hildesheimer	Pfund 1 40
Schinkenwurst	Pfd. 1 70
Teowurst	Pfund 1 70

Florian-Speisen

Hansmacher-Pudding Sortiment 9 Pakete 1 x
 Delikatess-Pudding Sortiment 6 Pakete 1 x

Billige Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Konserven		Fische	
Brech- u. Schnittb.	1 0 65	Bratschollen	Pfund 8 Pf. 15 Pf.
Leipziger Allerlei	0 80	Kabeljau m. Kopf, ganze	Pfund 20 Pf. ohne Kopf 25 Pf.
Gem. Gemüse mittel-	0 98	Zander geirren	Pfund 72 Pf.
Gem. Gemüse klein	1 40	Lebende Karpfen	Pfund 1 25
Gemüseerbsen	0 55	Lachsheringe große	Pfund 14 Pf.
Junge Erbsen mittel-	0 75	Fettbücklinge klein, Pfund 0 60	20 Pf.
Junge Erbsen klein	1 20	Fündern geräuchert	Pfund 30 Pf. 38 Pf.
Bruchspargel dünn	1 60	Frische Krabben	Pfund 48 Pf.
Stangenspargel extra stark	1 50	Apfelsinen Dtz. 35, 58, 78 Pf. In Salttrübe Kle 100 u. 120 Stk.	7 90
1/2 Dose 1 50 1/2 Dose 2 90		Zitronen Dubend	0 35
Jge. Karotten extra klein	1 00	Renetten grau, Pfd.	0 25
Apfelsmus	0 58	Kalt. Aepfel Pfund	0 45
Pflaumen ohne Steine	0 75	Kiste ca. 45 Pfd. brutto	15 75
Preiselbeeren 10 Pfd. 3 Pfd. Elimer	2 10 3 60	Ananas frische, Pfund	0 95
Rindfleisch in eigenen Saft, 2 Pfund-Dose	1 20	Gulasch aus Rind- u. Schweinefl., Pfd.-Dose	0 63
Sardinen Clubdose	0 45		

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschl. Steuer ohne Glas, auf Wunsch Zusendung in der Osterwoche

1924 Wellensteiner Berg	0 80	Wagners Saar-Edelkristall	4 50
1924 Siefersheimer Vogelgesang milder Tischwein	0 90	„Edler von Lorch“ feinster Tafelktr.	4 00
1922 Oppenheimer entsprechend	1 05	5 kleine Dinerweine zum Ostertag	
1922 Zeller schwarze Katz	1 25	1921 Mettenheimer Michelsberg Wachstum Muth, Bebl. rhein. Rotwein	2 00
1918 Margaux aller Bordeaux	1 30	1921 Niersteiner Domthal blumig schwer	2 60
Feine Fruchtweine Johannisbeer-, Stachelbeer-, Kirsich- und Heidelbeerwein, Cyder	1 00	1921 Brauneberger Riesling bestechender Mosel	2 60
Fruchtschaumwein vorzählig. Quell. 2l. einschl. Flasche	1 35	1921 St. Croix du Mont behalt. wein. Bordeaux	2 60
In allen 4 Geschäften: Wein v. Fab. Pr. p. Liter m. Steuer, Flaschen bilden mitzubringen		Tarragona sehr	1 50
1924 Wellener Riesling Tischmosel	1 00	Griech. Muskat sehr süss, würzig	2 00
Johannisbeerwein süss	1 05	Malaga Dunkel	2 20
Spanischer Rotwein süss, gehaltvoll	1 30		

Abt. Frische Blumen, Leipziger Str.

Zur Frühjahrsplantation

Beschoren, Bund 3 Stück	1 95	Gladiolen, Stück	0 05 bis 0 15
Buntpflanzen, Stück	0 75	Hyazinthen, Stück	0 14 bis 0 16
Bonen, Mittelstamm, Stück	2 75	Veilchen, Stück	0 45 bis 0 55
Bonen, Hochstamm, Stück	3 75	Stechwindelein	Pfund 0 69
Wilder Wein, Stange	0 85 1 25	Brassica, Pfund	0 65 0 85
Eisen	Topf 1 15	Sämereien, Dose von 0 03 an	
Bühnen Krokus, Topf	0 50, Hyazinthen 0 55, Karzissen 0 95		

Berlins Stadthaushaltplan für 1926.

Vorlegung in der Stadtverordnetenversammlung. / Klagegedes Stadtkämmerers.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der vom Magistrat aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans für 1926 gestern mit einer Kämmererrede vorgetragen, die es fast gänzlich vermied, auf die Aufgaben der Gemeinde einzugehen. Das Hauptstück dieser Rede war ein langes Klagegedes über den Schwund des „Steuerlegens“ vom ersten Goldjahr und über die neue Finanzausgleichspolitik von Reich und Staat, die zu einer schweren Benachteiligung der Großstädte und besonders Berlins geführt habe. Im übrigen richtete der Kämmerer unverhüllte Vorwürfe gegen die Verwaltungsbezirke und ihre „Phantasieforderungen“, mit denen einmal Schluß gemacht werden müsse. Die Fraktionsredner werden erst in der Sitzung am 13. April zu Worte kommen.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten verlas der Vorsitzende Genosse Haß zunächst einen Dringlichkeitsantrag aller Parteien, der vom Magistrat die Bereitstellung gefälliger Mittel zur Behebung der Grundwasser- not in Niederschönhausen verlangt. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Wiedereinführung und die Aufzwingung des Kostzwanges für das Personal des Krankenhauses Moabit betreffend, der sich mit einem gleichem Antrag der SPD-Fraktion deckt, wird später behandelt werden. Bei der Behandlung einer Anfrage der kommunistischen Fraktion wegen der Verzögerung bei der Vorlegung einer neuen Dienstausweisung für städtische Schulhausmeister kommt es zu einem Zwischenfall. Zur Beantwortung der Anfrage kann vom Magistrat niemand das Wort nehmen, weil ein

fachkundiger Magistratsvertreter nicht anwesend ist.

Genosse Flatau erhebt scharfsten Protest gegen die Nichtachtung der Stadtverordneten, die in diesem Verhalten der Magistratsvertreter liegt und bemängelt, daß die mit der Vertretung des beurlaubten Stadtschulrats Benedek beauftragte Stadträtin Kraushar (Dnat.) zur Beantwortung der Anfrage nicht in der Lage sei. Der Oberbürgermeister antwortete erregt, indem er die Angriffe Flataus zurückwies. Einige Redner der Rechten des Hauses nahmen Frau Kraushar in Schutz. Ihnen sagte Genosse Reimann, daß gerade die Rechte keine Ursache hätte, über große Populartät gegen die Magistratsvertreter zu verlangen, da seinerzeit, als Genosse Paulsen noch Stadtschulrat war, diesem jede Populartät versagt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion verblieb sich im übrigen jede Jahr für den Rechtspartei. Stadträtin Kraushar, die inzwischen von einem Boten in den Sitzungssaal geholt worden ist und von der Linken mit dem Ruf: „Ausgeschlafen?“ empfangen wird, betont, daß sie das zur Beantwortung nötige Material nicht herankommen hätte. Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt. — Die Vorlage, die die Festlegung des endgültigen Bauplanes der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neufölln und seine Finanzierung regelt, wird nach kurzem Zustimmungserklärungen der Parteirepräsentanten einstimmig angenommen. Der Oberbürgermeister hatte zuvor zu den Verhandlungen wegen des Kaufs der Hochbahn erklärt, daß der Magistrat mit der Stadtverordnetenversammlung einer Meinung sei in der Beurteilung der Höhe des städtischen Angebots an die Aktionäre der Hochbahngesellschaft. Der Gesellschaft wird bei etwaigen späteren Verhandlungen nie wieder ein so günstiges Angebot gemacht werden. — Die Vorlage über die vorläufige Regelung der Haushaltsverteilung für 1926 wird angenommen. — Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, der den Magistrat ersucht, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die vom Reich an teilig zur Verfügung gestellten Mittel zur einmaligen Unterstützung erwerbsloser Angestellter wirklich und ohne bürokratische Einschränkung verteilt werden. Genosse Flatau bemängelte in der Begründung, daß die Gesamtsumme von 5 Millionen viel zu niedrig sei und daß die

Form, wie die Bedürftigkeitsprüfung bei den Angestellten angestellt wurde, entwürdigend für die Antragsteller war. Bürgermeister Scholz bat um Ueberlassung des Materials und sagte Prüfung und Abhilfe zu. Der Antrag wurde angenommen. Unter größter Aufmerksamkeit der Versammlung begründet dann Stadtkämmerer Karding den

Stadthaushaltplan für das Jahr 1926.

Der Haushalt 1926 würde früher fertig geworden sein, führte der Kämmerer aus, wenn nicht die Wahlen im Herbst die Haushaltsberatungen in den Bezirken verzögert hätten. Ich hoffe zu erreichen, daß künftige der Haushalt schon im Januar vorliegt. — Der Haushalt 1926 schließt im Nettobauschalt mit 590 Millionen, im Bruttobauschalt, dem sogenannten wirtschaftlichen Abschluß, mit 700 Millionen ab. Die tausenden Ausgaben ohne Werte belaufen sich auf 452 (562) Millionen gegen 425 (493) Millionen im Vorjahre, der Bedarf beträgt 346 Millionen gegen 322 Millionen im Vorjahre. Der außerordentliche Haushalt verlangt 81 Millionen, geht also noch erheblich über den des Vorjahres mit 61 Millionen hinaus. Der Vergleich mit dem Vorjahre an Hand der hierfür allein brauchbaren wirtschaftlichen Zahlen ergibt eine durchschnittliche Steigerung von 13 Proz. in der Gesamtausgabe. Die stärkste Steigerung weist die allgemeine Wohlfahrt auf mit 27 Proz. Auch die Ausgaben für den Schuldendienst sind um 27 Proz. gestiegen in Auswirkung der neu aufgenommenen Anleihen und mit Rücksicht auf den 1926 beginnenden Tilgungsdienst für die Papiermarkschulden. Wir warten noch immer auf die Ausführungsbestimmungen der Länder hierzu und werden bei längerer Verzögerung uns entschließen müssen, selbständig vorzugehen. (Bravo rechts!) Die Verwaltungskosten zeigen eine Steigerung von 15 Proz. Für den

Wohnungsbaubau 10 Millionen eingestellt.

doppelt so viel wie im Vorjahre. Wir erwarten, daß auch aus der Hauszinssteuer wesentliche höhere Beträge verfügbar werden. Im Verhältnis der Bezirke zum zentralen Etat scheint die Entwicklung der letzten Jahre abgeschlossen zu sein. Der Anteil der zentralen Verwaltungen am Gesamthaushalt ist von 35 Proz. im Vorjahre unbedeutend auf 36 Proz. gestiegen, gegenüber 40 Proz. der Jahre 1923 und 1924. Innerhalb der Bezirksgemeinschaft ist der Anteil der Innenbezirke auf 42 Proz. gesunken (gegen 44 und 43 Proz. in den beiden Vorjahren). Bei der Behandlung der Bezirkshaushalte in der Zentrale ist vielfach über den Umfang der Streichungen getragt worden. Die laufenden Ausgaben der Bezirke sind mit durchschnittlich 94 Proz. der Anforderungen ausgenommen worden. Nur bei den einmaligen Ausgaben waren starke Streichungen unermesslich. In den Bezirken ist in diesem Jahre mehrfach (Steglitz, Wilmersdorf) das Verlangen nach größerer finanzieller Selbständigkeit gestellt worden, das nicht befriedigt werden konnte. Der Betrag für einmalige Ausgaben ohne die Werte ist mit 56 Millionen vorgesehen gegen 50 Millionen im Vorjahre. Ihre Ausföhrung ist nicht sicher. Ich erinnere daran, daß ein Teil der für 1925 beschlossenen einmaligen Ausgaben im Oktober aus Mangel an Mitteln gesperrt werden mußte. Das Jahr 1924 brachte einen Ueberschuß von rund 19 Millionen, sogar von 32, wenn man die Verwendung von 13 Millionen für Wohnungsbaubau, Sportstättenaufwertung u. a. berücksichtigt. Das Jahr 1925 schließt mit einem erheblichen Fehlbetrag ab, der Ende Februar 27 Millionen betrug und am Jahreschluß zweifellos höher sein wird. Auf den Steuerlegens des ersten Goldjahres ist ein schwerer Rückschlag gefolgt, nicht nur infolge des Niederganges der Wirtschaft, sondern auch unter dem Einfluß der neuen Finanzausgleichspolitik von Reich und Staat. Die starken Schultern, auf die wir die Steuerlast zu wälzen gesucht haben, sind schwach geworden. Die Grundsteuer belastet in steigendem Maße die breite Masse, die Zuschläge zur Einkommensteuer stehen noch immer aus. Dabei sind sie nötiger denn je. Berlins Anteil an der Einkommensteuer ist von 91 Millionen 1924 auf 80 Millionen 1925 und auf nur noch 63 Millionen 1926 herabgedrückt worden. Vor dem Kriege brachte die Einkommensteuer 47 Proz.

des gesamten kommunalen Steuerertrages, 1926 werden es nur noch 20 Proz. sein! Berlins Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umlag-, Hauszins- und Kraftfahrzeugsteuer würde 1925 bei einer Verteilung nach dem örtlichen Einkommen 302 Millionen betragen haben. Tatsächlich bekam Berlin nur 172 Millionen. Es scheint, als sollten die Großstädte mit Gewalt zur Erhöhung der ihnen verbliebenen eigenen kommunalen Steuern gezwungen werden! Auch die Umlagsteuer wird auf Kosten der Gemeinden abgebaut. Und ebenso macht der Preussische Landtag sich auf Kosten der Gemeinden populär, wenn er die Freigrenze bei der Gewerbesteuer erhöht. In Berlin haben bisher beide städtischen Körperschaften den Ausbau der Wohlfahrtspflege, des Gesundheitswesens, der Schule und die Verbesserung der städtischen Einrichtungen für nachdringender gehalten als die Schonung der Steuerzahler.

Zur Deckung des Gesamtbedarfs sollen die Werte mit rund 36 Millionen beitragen gegen rund 26 Millionen im Vorjahre. Es bleibt damit eine

Steuerlast von 310 Millionen

gegen 296 Millionen im Vorjahre. Dieser Betrag konnte nur unter Erhöhung der Gemeindesteuererträge erreicht werden. Ob die Erhöhung der Hundesteuer auf 70 M. tragbar ist, wird verschieden beurteilt werden. Bei der Festlegung des Steuerjahres für das letzte Quartal 1925 hatte man mit einer geringeren Erhöhung gerechnet. Die Zahl der Hunde ist allerdings kaum gesunken. Sie betrug am 1. Oktober 1925 221.000 und am 1. Februar 1926 218.000 Hunde. In der Steuerpolitik des Reiches ist die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage Voraussetzung für den Erfolg. Wie der Reichsfinanzminister erklärt hat, „legt die Regierung bei ihrem Steuerentwurfplan mit Bewußtheit auf die Karte einer Besserung unserer Wirtschaft“. Auch die Haushaltswirtschaft Berlins für 1926 hängt entscheidend von dieser Besserung ab. Rüge sie bald eintreten! (Bravo rechts und in der Mitte!)

Die Fraktionen werden erst in der Sitzung am 13. April zu dem Haushaltsplan und zur Rede des Kämmerers Stellung nehmen. — Ueber die Ausschüßverhandlungen zum Ausbau des Fernheizwerkes in Charlottenburg zum Städteheizwerk berichtete Genosse Horst. Der Ausschüß beantragte den Ausbau und den Anschluß des Opernhauses, der Bodeanstalt Krumme Straße und des Volksbades (Rauhaus der Konsumgenossenschaft) an das Heizwerk. Fabian (Dnat.) verlangte Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschüß. Sollte das abgelehnt werden, werde keine Fraktion gegen das Projekt stimmen. Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen einschließlich eines Zusatzantrages der Deutschnationalen, das Fernheizwerk an die Elektrizitätswerke anzuschließen. — Bei der abermaligen Beratung des sozialdemokratischen Antrages wegen

Anstellung weiterer Baukontrolleure

berichtete Genosse Czernik, daß nach den Mitteilungen des Magistrats wohl etwa 12 Baukontrolleure anstehen, daß aber fünf Bezirke noch keine Kontrollleure haben. Der Ausschüß beantragte, 18 Kontrollleure anzustellen und sie der zentralen Baupolizei zu unterstellen. Die Unte beschloß demgemäß. — Der Magistrat hatte der Versammlung mitgeteilt, daß er der von den Stadtverordneten beschlossenen Auszahlung einer einmaligen Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter nicht zugestimmt habe. Unsere Fraktion drückte ihr Bedauern darüber aus und beantragte, der Magistrat solle bei zukünftigen Tarifverhandlungen wenigstens einen Ausgleich schaffen. Auch das wurde beschloßen. — In vorgelagerter Zeit begründete unsere Genossin Dr. Frankenthal den Antrag wegen des Kostzwanges im Krankenhaus Moabit. Den Wortlaut des Antrages haben wir bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt. Nach einer kurzen Rede des Stadtverordneten Raddah (Komm.) schlug der Vorsitzende vor, die weitere Behandlung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, da der Stadimedizinrat bereits das Haus verlassen habe. Der Vorschlag fand Annahme. Die nächste Sitzung findet der Osterfeiertage wegen schon am Dienstag statt.

Schwerer Unfall in der Gassanfall Gischiner Straße. In der Gassanfall Gischiner Straße ereignete sich gestern abend ein schwerer Unfall. Der Arbeiter Ernst Hejchle aus der Grünauer Straße 33a in Köpenick glitt aus und stürzte in die Wassertrinne, in der der stehende Rots über die Transportrinne geleitet und abgeführt wird. Mit schweren Verbrühungen wurde er in das Urban-Krankenhaus eingeliefert.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

44] Rasch entblöhte sie ihre junge, kernige Brust, doch sie reichte sie nicht sofort dem suchenden Kindermädchen, sondern reizte das Kind wie ein Kind das andere; sie nahm ihre Brust zwischen zwei Finger und spritzte ein paar Tropfen Milch aus der Warze auf das Mäulchen des Kindes; das leckte sie ab und lächelte weiter.

„Du Fresser!“ Mascha lachte, als sie sah, wie das Kind sein Mäulchen nach den Milchtropfen ausstreckte und wie ein unbeholfenes Tierchen die Quelle suchte, durch die ihm Gott seine Nahrung sandte.

Eine Weile ließ sie das Kind suchen. Dem Geruch der Milch nachschnuppernd, fand das Kind endlich den Quell und drückte sein Gesichtchen an Maschas starke, junge Brust. Es lag an dem Nahrungsquell mit der ganzen kindlichen Kraft, die in dem frischen Mark seiner jungen Knochen lag. Erleichterung überkam das Mutter, als hätte sie jemand in Unbewußtsein ihres Schlafes geföhrt. Und ein bebender Hauch von kindlich-mütterlicher Zärtlichkeit durchzog ihre Glieder...

So oft Mascha ihr Kind säugte, kamen ihr sonderbare Gedanken; ein unbewusstes Weh durchzog sie, ein Weh und eine Sehnsucht. Sie hatte die Empfindung, daß sie gar nicht geheiratet hatte, daß sie ein Kind hatte und keinen Mann... und sie hatte Sehnsucht nach einem Mann, der zu ihr trat und leise ihr Haar streichelte, wenn sie dalaß und ihr Kind säugte. Ein richtiger Mann sollte es sein, der einzige Vater ihres Kindes. Die Verbindung zwischen ihr und dem Manne sollte treu und tief sein, wie bei jedem jungen Ehepaar. Ihr Kind sollte einen einzigen Vater haben. So oft ihr diese Gedanken kamen, schmerzte sie etwas tief, und verborgen ließ sie ihre Scham aufsteigen, sie glaubte, sie sei verflucht für ewig. Nie, nie würde sie ihrem Kinde einen Vater geben können...

Sie beneidete jede junge Frau, welche einen Mann hatte. Oft beobachtete sie, wenn sie auf der Hochbahn fuhr, am Sabbatabend einen jungen Vater, der sein Kind auf dem Arm hielt; neben ihm saß seine Frau. Sie sahen gewiß mit den Schwiegereltern nach Down-Town, vermutete sie, und beneidete das abgearbeitete, müde Weib um ihren Mann. Nicht, daß sie einen Mann hatte, sondern daß sie einen einzigen, richtigen Vater für ihr Kind besaß. Und Sehnsucht erfaßte sie nach einem treuen, reinen Leben, das Bestand und einen festen Grund hätte.

Sie hatte keinen Mann, nur ein Kind; und dem Kinde gab sie ihre mütterliche und ihre weibliche Zärtlichkeit. In dem Kinde fühlte sie wieder jene unbewusste Reinheit, in welcher sie gelebt hatte, als sie ein Mädchen war. In dem Kinde fand sie sich wieder. Sie war keine Frau, sie war ein Mädchen, das Mutter war.

So verbrachte sie denn ihre Zeit nur mit dem Kinde, wollte niemanden sehen, ging nicht aus, hatte kein Bedürfnis nach Gesellschaft, sondern verbarg sich in ihrem Schlafzimmer wie ein Priester in seinem Tempel und verbrachte ihre Zeit mit dem Kinde. Sie badete, wusch es, kleidete es um und fühlte sich gerettet, wenn sie bei ihrem Kinde war.

Die Tür des Schlafzimmers öffnete sich leise. Mascha merkte nicht, daß der Onkel auf den Fußspitzen eintrat. Er sah von weitem, wie Mascha ihr Kind stillte und blieb einen Augenblick bei der Tür stehen, wie um sein Heiligtum zu betrachten. Ein zitterndes Gefühl durchdrang ihn, so oft er Mascha ihr Kind säugen sah; mit leisen Schritten und zurückgehaltener Freude ging er auf Mascha zu und streichelte ihr Haar.

Mascha fuhr zitternd auf, wie aus tiefem Schlaf geweckt: „Wer ist da?“ rief sie voll Schreck.

„Ich bin es. Warum erschrickst du? So oft ich zum Kinde komme, erschrickst du. In Amerika gibt es keine Diebe, mein Kind.“

„Komm nicht herein, wenn ich das Kind stille, please, du erschreckst mich.“

„Warum, Kind,“ der Onkel lächelte, „I like it. Ich sehe es gern, wie du das Kind nährst.“

„Und ich will nicht, daß du zusiehst. Please, tu mir den Gefallen!“

„Aber warum? You are a little child, wie mein Kind. Ihr seid beide meine zwei kleinen Kinder,“ der Onkel umfakte sie samt dem Kind und tanzte mit ihnen freudig im Zimmer umher.

Mascha wurde traurig, stille Tränen stießen plötzlich aus ihren Augen und fielen auf ihre nackte Brust.

„Was hast du, warum weinst du, so oft ich hereinkomme? Was habe ich dir getan? Warum läßt du mir nicht die Freude, die Gott mir geschenkt hat? Ich habe doch nie in meinem ganzen Leben Freude gehabt. Nur jetzt, im Alter, dich und mein kleines, reines Kind, mein Eigen. Warum weinst du? Warum freust du dich nicht mit mir? Mascha, liebe Mascha, mein großes, großes Glück.“

Mascha hob ihre Augen und schaute ihn an. Ihre Augen waren voll Tränen, der große Augapfel war feucht, sie sah

ihn an, voll Mitleid für sich und für ihn und schwieg wie ein stummes Tier, dem Gott keine Sprache geschenkt hat und das sein Gefühl durch den Blick ausdrückt.

„Warum schaust du mich so an? Warum sprichst du nicht mit mir? Seit du das Kind bekommen hast, sprichst du nicht mit mir. Warum? Bist du denn nicht glücklich mit dem Kinde? Mascha dear, sag es mir doch.“

„Ja, ja, ich bin glücklich mit meinem Kinde, niemandem gehört es, nur mir, ich habe gar nichts außer dem Kinde, ich bin glücklich.“ Immer dichter ließen die Tränen aus ihren Augen.

„Warum weinst du wieder? Warum bist du so traurig, warum nur?“

„Ich weiß es nicht, Moses, ich weiß es nicht, laß mich allein, please, laß mich allein mit meinem Kinde, komm nicht herein zu mir, sieh mich nicht an, laß mich, please!“

„O dear child, I know, deine Mutter hat recht, sie sagt, daß es immer so mit den jungen Müttern geht, wenn sie ihre Kinder säugen. Du bist ja selber noch ein kleines Kind, ein Kind säugt das andere, meine beiden kleinen Kinder!“ sagte der Onkel lächelnd.

Im Speisezimmer erklang plötzlich eine Stimme. Mascha wurde bleich.

„Wer ist dort?“

„Es ist Sam. Ja, stell dir nur vor, Mascha, dein Better Charlie ist doch Advokat der Gewerkschaft, mit ihm werden wir über den Streit der Landsleute verhandeln. Weißt du, unsere Landsleute streiten ja, die zweite Woche kommen sie schon nicht zur Arbeit, das alles hat dein Rusin angerichtet. Ich habe es dir immer gesagt, daß ist ein gefährlicher junger Mann, der wird uns noch einmal Unannehmlichkeiten bereiten; jetzt siehst du es, das hat uns ein Landsmann, einer von der Familie angerichtet.“

„Geh hinunter, please, geh hinunter, sprich mit ihnen, laß mich allein,“ bat Mascha den Onkel und legte das Kind, welches an ihrer Brust eingeschlafen war, in die Wiege.

„Einen Augenblick noch. Ich will nur ein bißchen zusehen, wie es schläft.“

„Still, du weckst es sonst auf.“

„Schon, ich gehe schon,“ der Onkel ging mit leisen Schritten. Mascha verschloß die Tür hinter ihm.

Kurze Zeit später klopfte es:

„Still, Wer ist dort?“

„Deffne, Mascha, mein Kind,“ es war die Stimme der Mutter, „warum schläfst du dich ein? Es wird dich niemand stehlen.“

(Fortsetzung folgt.)

Moderner Städtebau.

Aut Verfassung kann das Reich Grundzüge für das Wohnungswesen und den Städtebau aufstellen. Bisher ist von Reichs wegen auf diesem Gebiet wenig geschehen, trotzdem die Dringlichkeit vorliegt. Die preussische Regierung ist vorangegangen und hat den Entwurf eines preussischen Städtebaugesetzes der Öffentlichkeit unterbreitet. Im Entwurf wird zugegeben, daß mit den bisherigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen für das Städtebauwesen nicht mehr auszukommen ist (Zustimmungsgebot vom 2. Juli 1875). Zur Begründung wird unter anderem angeführt: „Ein bewußt gestaltender Wille muß das Wachstum einer Gemeinde oder die Entwicklung eines Wirtschaftsgbietes mehr als bisher beherrschen.“ — Das Gesetz zerfällt in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt den Flächenaufteilungsplan. Abschnitt 2 die Bauvorschriften, Abschnitt 3 die Enteignung, Grenzberichtigung u. a., Abschnitt 4 die Entschädigungsfragen. — An dieser Stelle sei nur einiges über Abschnitt 1 gesagt. Das Gebiet einer Gemeinde soll zerlegt werden a) in land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, b) Kleingartenland, c) Spiel- und Sportplätze, d) Friedhöfe, e) Park- und Gartenanlagen, f) Verkehrsflächen; zu letzteren gehören Durchgangs- und Ausfallstraßen, Wasserläufe jeder Art, Verkehrsänder (Geländestreifen für Verkehrsmittel jeder Art), Bahnhofsanlagen, Kraftwagenplätze und Flughäfen, g) Industrieflächen, h) Bergbau-Mineraltabbauflächen. — Was übrig bleibt, gilt als Wohngebiet und unterliegt der Bauordnung. Die Wohnviertel zerfallen in reine Wohnviertel und gemischte Wohnviertel mit kleinen gewerblichen Betrieben. Im gemischten Gebiet finden Abgrenzungen statt für Wohngebiete mit Schutz gegen Lärm, Rauch und andere Belästigungen. — Der Entwurf geht mit Recht den Schäden der jetzigen Großstädte zu Leibe. Sehen wir uns Berlin an, wie es heute ist. Mietkasernen mit Fabriken vermischt in bunter Reihenfolge. Der Bodenwucher der Terrainspekulanten und die ruhig zusehenden Behörden haben das Elend der Mietkasernen mit den Quergebäuden und Seitenflügeln ohne Licht und Sonne, den Brüstungen der Tuberkulose, verschuldet. Berlin muß aufgelockert werden, die Elendsquartiere müssen allmählich verschwinden. Die Wohngebiete müssen getrennt werden von Industrie und Verkehrsvierteln. Nicht nur Villenviertel sollen geschützt werden, sondern auch die Wohnungen der Arbeiter. Jeder arbeitende Mensch hat nach des Tages Mühe und Aufregung das Bedürfnis nach Ruhe. Dies alles sieht ja auch die neue Berliner Bauordnung und der Entwurf der preussischen Regierung vor. Berlin hat auch jetzt schon geschützte Wohngebiete. Unter f) des Entwurfs sind die Verkehrsflächen und Bahnhöfe streng abgegrenzt von den Wohnvierteln. Wie sieht es nun in der Praxis aus? Seit Jahren besteht ein Kampf um ein bereits geschütztes Wohnviertel in Westend-Charlottenburg. Es handelt sich um das Gebiet zwischen Saar- und Königin-Elisabeth-Strasse und Frederico-Strasse. Ein Wohngebiet in gesunder Höhenlage für Hochbauweise. Vor zwei Jahren planten Privatleute hier Wohnhäuser zu bauen, dank der energischen Abwehr wurde dies verhindert. Die Berliner Straßenbahn G. m. b. H. kaufte dies Gelände an mit der Absicht, hier einen Straßenbahnhof zu errichten. Die Bezirksverwaltung Charlottenburg sahle 1925 den einstimmigen Beschluß aller Parteien, welcher die Bahnhofsanlage an dieser Stelle ablehnt, um das Wohnviertel zu erhalten. Der Berliner Magistrat war anderer Meinung. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wählte einen 17er Ausschuss zur Überprüfung der Sache. Bald wird der Würfel fallen. Die Straßenbahngesellschaft will die Sache schmachtlich machen dadurch, daß sie die Bahnhofsanlagen mit Wohnhäusern umbauen will, in welchen Straßenbahner wohnen wollen, die dann Tag und Nacht den Lärm ertragen sollen. In Berlin mit seiner Stadtverordnetenmehrheit sollte ein solches Spiel nicht möglich sein, sonst tun wir daselbe, was wir den Verbauern von Berlin vorwerfen. In Wohnviertel Wohnungen, den Bahnhof ins Verkehrs- oder Industrieviertel, so wie es Städtebauer im Entwurf der preussischen Regierung vorsehen. Nicht rückwärts, sondern vorwärts wollen wir im Interesse der Volksgesundheit.

Eine Schulzahnpflegewoche.

Das Bezirksamt Kreuzberg veranstaltet vom 22. bis 27. März 1926 eine Zahnpflegewoche. In der Zahnpflegewoche werden die Kinder der in der Schulzahnklinik bereits zahnärztlich planmäßig behandelten Schulklassen der gesamten Gemeindefschulen des Verwaltungsbezirks erfaßt. Die Lehrer der in Frage kommenden Klassen werden während des Unterrichts an den sämtlichen Tagen dieser Woche ein Gebot der Zahnpflege, z. B. den Wert gesunder Zähne, die Reinigung der Zähne usw., besprechen. Zur Unterstützung der Belehrungen werden den Klassen Broschüren, Zahnpasten und Zahnbürsten zur Verfügung gestellt. Zweck der Veranstaltung ist, den beteiligten Schülern Anregungen über den Nutzen pfleglicher Behandlung der Zähne zu geben. Ueber den Verlauf der Zahnpflegewoche werden die beteiligten Schulen entsprechende Fragebogen ausfüllen und dem Gesundheitsamt überreichen. Das auf diese Weise erlangte Material wird voraussichtlich interessante Aufschlüsse über Zahnpflege bei Schülern geben. Das Vorhaben des Bezirksamts Kreuzberg auf dem so wichtigen Gebiete der Schulzahnpflege ist begrüßenswert. Es ist ja noch außerordentlich viel zu tun, da die Zahnpflege — namentlich bei den Schülern — eine wahre Volksfrage bildet. Leider gibt es Tausende und aber Tausende von Schülern, die sich überhaupt nicht die Zähne putzen, einige nur dann und wann, manche nur — Samstags, nur wenige an jedem Tage morgens und abends, wie es notwendig ist und eigentlich für jeden Menschen selbstverständlich sein sollte. Viele Schulkinder besitzen auch keine eigene Zahnbürste. Hier sollte die hygienische Volksbelehrung wirksam eingreifen, aber nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit der Tat.

Es wäre auch sehr erwägenswert, das Beispiel, das die Gesundheits- und Schulverwaltung von Luxemburg gegeben hat, in Berliner Schulen nachzuahmen. Vor Beginn des Unterrichts wurden die Kinder dort angehalten, sich in der Schule unter Aufsicht des Lehrers ihre Zähne zu putzen. Und siehe da: in verhältnismäßig kurzer Zeit hatten sich die Luxemburger Schulkinder so gut an ein regelmäßiges Zähneputzen gewöhnt, daß sie künftig ihre Zähne sorgfältig zu Hause mit Bürste und Seifentreiben gut säuberten.

Die Lieferung von Schlemmkreide, eines übrigens ebenso ausgezeichneten wie billigen Zahnpulvers, an die Schulkinder wäre ebenfalls sehr zweckmäßig. Auch sollte man, um das Interesse der Kinder für die Gesunderhaltung der Zähne zu wecken und zu fördern, Prämien aussetzen, die den Kindern zu erteilen wären, die besonders gut gepflegte Gebisse besaßen.

Dr. med. Alfred Korach.

Hilfe für die erwerbslose Jugend.

Um die etwa 300 erwerbslosen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren vor den Gefahren der Straße und der drohenden Verwahrlosung zu schützen, hat das Jugendamt des Bezirksamtes Reinickendorf erfreuliche und erfolgreiche Maßnahmen getroffen. In der Berufsschule in Borjgwalde sind Kurse eingerichtet, die in allgemein belehrender freier Form abgehalten werden. Unter Anleitung von Lehrkräften können die männlichen Jugendlichen sich selbst ihr Schuhwerk besohlen und ausbessern. Das Material dazu wird ihnen kostenlos vom Jugendamt zur Verfügung gestellt. Ebenso ist den Mädchen für die Nadelarbeiten die notwendige Menge Wäsche Stoff kostenlos geliefert worden. So manches Bekleidungsstück kann auf diese Art wieder instandgesetzt oder neu angefertigt werden. Zur Mittagszeit erfolgt ständig eine Speisung der erwerbslosen Jugend. Wöchentlich einmal können alle unter Führung der Schwimmhalle in der Gerichtstraße besuchen und erhalten hierzu, wie auch zu den öffentlichen Museumsbesuchen, freie Fahrt auf der Straßenbahn. Unter Anleitung eines fachlich geeigneten Lehrers finden auf dem städtischen Sportplatz in der Saarnweberstraße Turnübungen, Spiel und Sport statt. Die jugendlichen Erwerbslosen haben freies Benutzungsrecht der Volksbibliotheken des Bezirksamtes und bei allen Veranstaltungen des Volkshilfswesens Reinickendorfs freien Eintritt. Sehr gern werden von den Jungen und Mädchen die Freizeiten für das Theater entgegengenommen. Erholungsbedürftige Jugendliche sollen nach den städtischen Heimen Kassen oder Scheunen verschickt werden und, falls erforderlich, die notwendige Kleidung dazu erhalten. Durch diese Maßnahmen wird die Not der erwerbslosen Jugend im Bezirk Reinickendorf teilweise gelindert. Hoffen wir, daß es durch die redliche Mühe der Vertreter der SPD. gelingt, diese soziale Einrichtung noch weiter auszugestalten.

Die Fernheizwerke für Berlin.

Großzügige Zukunftspläne.

Seit langem besteht die Absicht, in Charlottenburg, in Wilmersdorf, in Berlin-Mitte und im Südwesten der Stadt Fernheizwerke zu errichten. Dazu zwingt allein schon die Notwendigkeit, die Kohle in wirtschaftlicher Weise auszunutzen, als das bisher geschehen ist. Bei der Hausbrandfeuerung in der Privathausung werden nur 35 Proz. des Heizstoffes in Energie verwandelt, bei der Zentralheizung 45 Proz., höchstens 50 Proz., während es bei dem heutigen Stande der Technik bereits gelingt, bei der Wärmeerzeugung durch Fernheizwerke 70 Proz. Kohle auszunutzen.

Die Wärme soll von den großen Maschinenanlagen der Elektrizitätswerke geliefert werden, deren Abdampf, nachdem er seine Aufgabe in den Turbinen erfüllt, bisher nutzlos in die Luft geleitet wurde. Dieser Abdampf wird nun in Zukunft aufgefangen und mit einer Temperatur von rund 130 bis 140 Grad durch Röhre in die öffentlichen Gebäude und Privathäuser in der näheren und weiteren Umgebung der Elektrizitätswerke geleitet, um diese mit Wärme zu versorgen. Bis vor kurzem noch bereitete es Schwierigkeiten, die langen Rohrleitungen der Fernheizwerke so gut zu isolieren, daß kein wesentlicher Wärmeverlust entstand. Heute ist es jedoch möglich, diese Verluste ganz erheblich zu vermindern. Der Ausbau des Charlottenburger Fernheizwerks, das zuerst in Angriff genommen werden soll und rund 500 000 M. kostet, wird sich schon deshalb als wirtschaftlich erweisen, weil der Umbau der Heizungsanlagen für die Charlottenburger Badeanstalt, der jetzt notwendig wäre, allein 200 000 M. gekostet hätte. Wie groß die Ersparnisse beim Fernheizungs-system sind, geht aus der Tatsache hervor, daß Charlottenburg, selbst wenn man nur das städtische Opernhaus, das Rathaus, die Badeanstalt und einige Schulen angeschlossen, jährlich rund 100 000 Zentner Kohlen weniger braucht als bisher. Diese Ziffern steigen in dem Maße, in dem die Privathäuser durch die Fernheizung erwärmt werden. Schwierigkeiten bestehen allerdings noch darin, daß im Sommer die Fernheizung arbeiten muß und daß viele Privathäuser auf Warmwasserlieferung für ihre Mieter eingestellt sind. Aber auch diese Frage wird sich in zufriedenstellender Weise lösen lassen. Wenn die gesamten Kraftquellen in Groß-Berlin, also in erster Linie die Elektrizitätswerke, auf Fernheizung eingestellt sein werden, wird die Kohlenersparnis zweifelhlos Millionen von Zentnern betragen. Denn allein der Justizpalast in Roabit benötigt zur Beheizung der vielen hundert Zimmer an kalten Tagen mehrere Hundert Zentner Steinkohlen täglich. Diese großen Mengen an Heizstoff lassen sich ersparen, wenn man die jetzt nutzlos verpufften Energien der Kraftwerke sammelt und weiterleitet. In welcher Weise das Charlottenburger Fernheizwerk und die kommenden Anlagen geschäftlich aufgezogen werden sollen, steht noch nicht fest. Ins Auge gefaßt ist, eine Gesellschaft zu bilden, an der die Stadt und die

Elektrizitätswerke beteiligt sind. Darüber hinaus aber hat die Industrie selbst erhebliche Mittel zur Durchführung dieser Pläne angeboten, ein Beweis, daß man auch in diesen Kreisen von der Rentabilität und der Notwendigkeit der Fernheizung überzeugt ist.

Aus den Bezirken.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Freie Schulgemeinde Charlottenburg hat im Dezember den Antrag gestellt, eine Sammelschule für nicht am Religionsunterricht teilnehmende Kinder mit Beginn des Sommerhalbjahres 1926 einzurichten. Es wurden etwa 400 Zustimmungserklärungen der Eltern vorgelegt und auch ausreichende Lehrkräfte bereitgestellt, die bereit sind, an einer solchen Schule Unterricht zu erteilen. Damit sind alle Bestimmungen der Verfassung erfüllt. Die Schuldeputation stimmte dem Antrage zu und beschloß, vom 1. April 1926 ab die Sammelschule in die 34. Gemeindefschule zu legen. Die Mitteilung, daß das Bezirksamt diesem Beschluß beigetreten ist, gab den Rechtsparteien Veranlassung, die Stellung des Bezirksamtes in gehässiger Weise zu bekämpfen. Der Sprecher der Rechten, Herr Dethleffen, stellte, ohne auch nur einen Beweis zu erbringen, die Behauptung auf, die bisher mit den Sammelschulen gemachten Erfahrungen seien so schlecht, daß die Errichtung neuer weltlicher Schulen unterbleiben müsse. Jede Erziehung der Kinder ohne Religionsunterricht sei ein schweres Verbrechen. Seine Forderung erhebt Einpruch gegen die Errichtung der Schule und bedauert, daß das Bezirksamt vor der Verabschiedung des neuen Reichs-Schulgesetzes der Errichtung dieser Schule zugestimmt hat. Die Fraktion der Mitte bot bei der Behandlung dieser Frage wieder einmal das Bild trauriger Jerrissenheit. Der Vertreter des Zentrums, Pfarrer Lichtenberg, berief sich auf ein Gesetz vom 15. Juni 1921, wonach Kinder, wenn sie das 12. Lebensjahr erreicht haben, selber darüber entscheiden können, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen wollen oder nicht. Ihm ist sogar ein Fall bekannt geworden, in dem ein Kind gegen den Willen seiner Eltern sich für die Teilnahme am Religionsunterricht entschieden hat. Genosse Ragenstein trat diesen Ausführungen scharf entgegen und wies darauf hin, daß Anhänger der weltlichen Schule im Gegensatz zur katholischen Kirche von jeher für unbedingte Gewissensfreiheit eingetreten sind. Wenn aus der großen Zahl der Kinder, die weit über 400 beträgt, einige den Wunsch äußern, am Religionsunterricht teilnehmen zu wollen, die Vertreter der weltlichen Schule werden sie sicher nicht daran hindern, weil sie aus innerster Ueberzeugung in religiösen Fragen jeden Zwang ablehnen. — Die Mitteilung des Bezirksamtes wird schließlich von den Sozialdemokraten, Kommunisten und einem Teil der Fraktion der Mitte gegen die vereinigten Bürgerlichen zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit ist die Errichtung der ersten weltlichen Schule in Charlottenburg gesichert. — Dem Vaterländischen Frauenverein soll für das Kindererholungsheim Eichkamp ein Zuschuß von 2500 M. gegeben werden. Um nachzuprüfen, ob die geordneten Mittel zweckmäßig und ausschließlich im Interesse bedürftiger Kinder verwendet werden, wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Zu der Bezirksversammlung am 17. März hatte die Rechte einen Antrag eingebracht, der die vom Magistrat an der Bedarfsnachweisung für 1926 vorgenommenen Erledigungen bemängelte. Der Zweck der Uebung war, wie auch aus einem weiteren Antrag hervorgeht, der sich gegen „alle Bestrebungen der Zentralverwaltung auf Einschränkung der Selbstverwaltung der Bezirke“ wandte, ein Vorstoß gegen die Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Dieser Vorstoß wurde von unserem Redner glänzend pariert, indem u. a. auf die Vorzüge der Zentralisation hinsichtlich des Verkehrs, sowie der Armen- und Erwerbslosenfürsorge und auch darauf hingewiesen wurde, daß gerade von Vertretern der Außenbezirke der Aufschwung des Schulbaues und der Gesundheitspflege nach der Schaffung von Groß-Berlin anerkannt wurde. Schließlich dürfte man nicht außer acht lassen, daß diese gewaltige Einheitsgemeinde erst am Anfang ihrer Entwicklung stehe und geschaffen worden sei in einer Zeit bitterster allgemeiner Verarmung und unerhörter wirtschaftlicher Ersparnisse. Weitestens wurde den großzügigen Projekten zur Schaffung von Spiel- und Sportplätzen und Badegelegenheiten zugestimmt. Auch die von rechts vorgebrachte Klage über die bremende Sparsamkeit des Räumers gegenüber diesen Plänen fand unser Ohr; jedoch mußten wir — wie schon oft — auch hier wieder darauf hinweisen, daß sich nun leider die Unterlassungslünden des früheren, so wohlhabenden Wilmersdorf titter rächen. Die wenigen Stimmen der damaligen Vertreter der wertvollen Bevölkerung waren mit dahingehenden Vorschlägen auf taube Ohren gestoßen, so daß nunmehr unser Bezirk dank des Verlangens der früheren herrschenden Mächte mit all diesen für die Volksgesundheit so notwendigen Einrichtungen ins Hintertreffen geraten ist. Einen Bärendienst leisteten die Kommunisten den Erwerbslosen, die die Tribüne füllten, mit einem Dringlichkeitsantrag, in dem die Zurücknahme eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises gefordert wurde, der einer Anzahl von Erwerbslosen auf die Dauer von 6 Wochen die Erwerbslosenunterstützung entzog. Hätten die Kommunisten in ihrem durchaus löblichen Eifer, vermeintliches Unrecht oder geschene Härte zu beseitigen, sich mit der nötigen Sachkenntnis ausgerüstet, so müßten sie wissen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses endgültig sind, in jedem Fall aber der Kontrolle des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung entzogen sind. Es war ihnen aber wohl mehr um die Agitation als um sachliche Arbeit zu tun. Nach langer, fruchtloser Debatte, in der die Wogen der Erregung hochgingen, beendete unser Sprecher, der Mitglied des Verwaltungsausschusses ist, die Redebühne dadurch, daß er erklärte, für eine

UNSERE STRUMPFABTEILUNG

bietet Ihnen große Auswahl in neuen Frühjahrsfarben.
Nachstehende Artikel geben infolge ihrer erstklassigen Qualität
bei niedrigsten Preisen Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Seidenflor-Damenstrümpfe
besonders klar, mit starkem
Seidenglanz

2 15

Jacquard-Herrenssocken

1 15

Seidenflor-Damenstrümpfe
besonders feinftädig, mittelschwere
Qualität, aus bestem Flormaterial

2 90

Fantasie-Herrenssocken
in Flor und Kunstseide mit Flor,
elegante moderne Muster

2 50



SALAMANDER

Der Postetat im Reichstag.

Die Reichspost als Arbeitgeber. — Rechtsorientierte Personalpolitik?

Reichspostminister Dr. Stögl führte in seiner gestrigen Rede zum Postetat aus, daß die Reichspostbeamten auch künftig Reichsbeamte bleiben sollen. Die Reichspost nehme darin eine ganz andere Stellung ein, als beispielsweise die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Wir sind stolz darauf, eine reine Reichsanstalt zu sein, die gleichzeitig als wahre Volkswirtschaft mitten hineingestellt ist in die Volks- und Weltwirtschaft. Die Reichspost will Helferin und Förderin sein für Wirtschaft und Verkehr. Mein Wirtschaftserlass vom vorigen Jahre hat Anerkennung und Förderung durch Wirtschaft und Personal gefunden. Für die nächsten Jahre soll ein weitestgehendes Wirtschafts- und Verkehrsprogramm aufgestellt werden. Unser Ziel ist der großzügige Ausbau aller Verkehrseinrichtungen und die Schaffung aller nur irgend möglichen und finanziell tragbaren Verkehrsvereinfachungen. Im Mai soll eine besondere Wirtschaftstagung im Reichspostministerium stattfinden zur Aussprache mit Wirtschaftsführern und Wirtschaftsorganisationen. Für die Wirtschaftsgewinnung der Post sind unsere Leitfäden: Beweglichkeit und Anpassung auf allen Gebieten, offener Blick für die berechtigten Bedürfnisse der Wirtschaft, umfassende Auswertung für die Postwirtschaft, entschlossenes Handeln. Los vom Schema! Weg mit den Auswüchsen des Bürokratismus in innerer Auffassung wie in äußerer Form! Die Reichspost stehe nicht im Dienst einzelner Parteien, Konfessionen oder Wirtschaftseinrichtungen, sondern arbeite für die Volksgemeinschaft. Das gelte auch für die Personalpolitik. Hier müsse für Auswahl, Beschäftigung und Beförderung ausschlaggebend sein: Befähigung, Lichtheit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Treue zu Volk und Reich. Die Post müsse größtmögliche Eigenwirtschaft anstreben. Der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagene Vorschlag der Postabfertigung an das Reich von 20 auf 70 Millionen Mark will der Minister nicht widersprechen, da die Post mit einer Kasse von 150 Millionen rechnen könne. Das Postpersonal verdiene für seine pflichterfüllende Tätigkeit Dank und Anerkennung. Es solle alles geschehen, um die Arbeitsbedingungen günstig zu gestalten. Für Wohnungsfürsorge, Tuberkulosebekämpfung und für sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen seien erhebliche Mittel ausgeworfen worden. (Beifall.)

Abg. Seppel (Soz.)

Stellt fest, daß die Erzielung von erheblichen Rücklagen bei der Post im wesentlichen durch die ungeheure Ausnutzung des Betriebspersonals ermöglicht worden sei. Dem Personal müsse der besondere Dank für die Pflichterfüllung ausgesprochen werden, die es der Reichspost und dem Volke geleistet hat. In den letzten Monaten ist mit den Kräften des Personals geradezu Raubbau getrieben worden. Das gilt besonders für die Brief- und Paketzusteller. Der Redner zeigt an einem Beispiel, zu welchen Verhältnissen das vielgerühmte Schwarze System geführt hat. Gegen die damit verbundenen übertriebenen Maßnahmen müssen wir uns auf das allerhöchste wenden. Mit Sparmaßnahmen im Betriebe sind wir einverstanden, aber es darf kein Raubbau auf Kosten des Personals getrieben werden. Wir erheben Einspruch dagegen, daß durch die physikalische Prüfung für norddeutsche Beamte eine Ausnahmestellung geschaffen wird. Bei Erkrankungen von Beamten sind besonders auf kleineren Orten die unteren Befoldungsgruppen die Leidtragenden, weil für sie eine Vertretung nicht erfolgt. Wenn eine Übertragung von Arbeiten stattfindet, darf sie nur innerhalb derselben Befoldungsgruppe erfolgen. Wir verurteilen das rücksichtslose Vorgehen der Verwaltung gegen solche Beamte, gegen die ein Strafverfahren wegen Untreue eingeleitet worden war und die dann vor Gericht freigesprochen wurden. Ungehört ist es, wenn ein Kraftwagenführer, dem das Unglück passiert, auf der Straße jemand zu verlegen, und der dann zu Gefängnis verurteilt wird, nicht einmal mehr als Arbeiter weiterbeschäftigt werden soll.

Die Unterstufungsmittel sind zwar in diesem Jahre bedeutend erhöht worden, aber sie reichen noch nicht aus, und ihre Verteilung erfolgt ganz einseitig. Gegen die Aufstellung, daß die unteren Befoldungsgruppen durch ihre Zugehörigkeit zur Krankenkasse nicht bedürftig seien, muß ich mich aufs schärfste verwahren.

Leider sind die im vorigen Jahre gemachten Zusicherungen, daß in diesem Jahre die unteren Gruppen besser berücksichtigt werden sollen, nicht erfüllt worden. Die unteren Beamten klagen darüber ebenso wie die höheren. Insbesondere die unteren Befoldungsgruppen haben die Auffassung, daß Sie (zum Minister) ihnen gegenüber ein Rabenater sind. (Hört, hört! bei den Soz.)

Bei der ungeheuren Ausnutzung des Personals hätte man erwarten müssen, daß Sie auch den unteren Gruppen mehr Entgegenkommen zeigen würden. Der Minister hat im Hauptauschuß bestätigt, daß er ein Gegner des Achtstundentages und des langen Urlaubs ist. Er ist schon zweimal gefragt worden, wo die angeblichen Unterschreitungen des Achtstundentages stattgefunden haben, er hat darauf nicht geantwortet, ich frage ihn heute zum drittenmal danach. Das logische Empfinden des Ministers drückt sich sehr eigenartig in einem Rundschreiben aus, wonach Urlaubserweiterungen während der Sommerferien durch 3 Stunden wöchentliche Mehrarbeit ausgeglichen werden sollen. Dagegen müssen wir uns auf das allerhöchste verwahren. Es ist mir unverständlich, wie man im Sommer verlangen kann, daß ein Beamter sein Revier noch vergrößern und mehr Dienststunden machen soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch bei der Verteilung des Urlaubs auf das ganze Jahr sind die Beamten die Leidtragenden.

Ich hätte gewünscht, daß bei der Ernennung von leitenden Beamten auch die Treue zum Volk und Reich verlangt wird, sonst könnte man nämlich glauben, daß ein königlich bayerischer Minister seine Auswahl nicht nach republikanischen Gesichtspunkten trifft.

Der Abteilungsleiter in Berlin, Weberstedt, der Bruder des Postinspektors Weberstedt, ist zum Präsidenten in Kiel befördert worden, derselbe Weberstedt, der beim Rapp-Busch mit dem Stahlhelm die Dienststräcke betrat und sofort die Ueberwachung der demokratischen und sozialdemokratischen Partibureaus und ihrer Zerkungen anvertraut hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Untersuchung ergab, daß er eine telefonische Anordnung des Generalkommandos ausgeführt hat. Aufrechte Beamte, die sich als Republikaner bekennen, werden nicht befördert. Es hätte wirklich nichts geschadet, wenn man Herrn Weberstedt zum mindesten um einige Jahre in der Beförderung zurückgestellt hätte. Früher hat man so etwas glänzend verstanden. Der Grundsatz, daß die Verwaltung nicht

politisiert werden soll, wird befolgt, soweit es sich um Republikaner handelt. Aber nicht, wenn es sich um Postinspektoren und Angehörige der Rechtsverbände handelt. In Bochum gab es einen Ausbilder, der mit Werwolfabzeichen und Totenkopf einige Wochen lang in die Dienststräcke und auf den Postgang gegangen ist. Als er von Republikanern aufgefordert wurde, die Abzeichen abzugeben, sagte er wörtlich: „Meiden Sie das nur ruhig meiner vorgesetzten Behörde, der Postdirektion; besonders der Herr Postminister wird sich dafür sehr freuen.“ Statt daß man aber diese Angelegenheit eingehend prüft, sucht der betreffende Referent im Ministerium jetzt nach dem Schuldigen, der die Mitteilung gemacht hat. In Baden ist ein Postinspektor mit 3 M. Geldstrafe belegt worden, weil er einem Postheizer ein Schreiben an den Abg. Steinkopf angefertigt hat. Das sind geradezu unerhörte Zustände. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie verhält man sich aber, wenn es sich um republikanische Beamte handelt?

Ein Anhänger des Zentrums hatte sich bei der Präsidentschaftswahl für das Reichsbanner eingesetzt. Auf eine Beschwerde des Stahlhelms und des Deutschen Offiziersbundes, wonach der betreffende Beamte den bürgerlichen Frieden störe, schickte die Oberpostdirektion sofort einen Bevollmächtigten durch das ganze Dorf, um Feststellungen zu machen.

Die ganze Sache ist wie das Hornberger Schießen verlaufen, und der Postdirektor, der die Untersuchung leitete, sagte zu dem Beamten, er nehme an, daß er davon keinerlei Gebrauch machen werde.

Bei den sogenannten Wirtschaftskonferenzen müßte der Referent einen selbständigen zusammenfassenden Vortrag halten können und nicht lediglich Stellen aus der „Deutschen Verkehrszeitung“ vorlesen. Diese Wirtschaftskonferenzen werden auch zu politischen Vorlesungen benutzt. Die Umgangsformen der Referenten lassen nicht nur gegenüber dem Publikum, sondern auch gegenüber dem Personal zu wünschen übrig. Es muß aus allerhöchster Zurückgewiesen werden, daß durch den berühmten Artikel 1, Gebot zur Betämpfung der Untreue, die Befoldungsgruppen 3 und 4 infamiert werden. Es muß dafür Sorge getroffen werden, daß bei der großen Zahl von männlichen Beamten der Gruppe 7 an aufwärts solche bei den Postbediensteten beschäftigt werden. In dieser Beziehung müßten besonders die Verhältnisse beim Postinspektor in Breslau nachgeprüft werden. Herr Minister, Sie können sich nur dann das Vertrauen der Beamten erwerben, wenn Sie sie gleichmäßig behandeln. Ich glaube, der Herr Minister hat genug gewacht, lassen Sie nun endlich auch einmal Taten sehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruhn (Dnat.) äußert Wünsche für das Land.

Abg. Kufelste (Z.) begrüßt den Gesetzentwurf, der die Vergrößerung der Reichspostverwaltung um zwei Reichstagsabgeordnete vorsieht.

Abg. Morath (D. Sp.) hält es für wünschenswert, daß die Adresslieferungen der Post an das Reich dauernd durch Gesetz festgelegt werde.

Abg. Torgler (Komm.) verlangt eine Herabsetzung der Fernsprechgelder, damit der Fernsprecher nicht nur für die Besizenden referiert bleibe.

Die Abgg. Dr. Rajchig (Dem.), Mollath (Wirtsch. Bgg.) und Henning (Völk.) kritisieren einzelne Mängel bei der Post.

Abg. Steinkopf (Soz.)

wendet sich gegen die Auffassung, die sich in einem Teil des Verwaltungsrats breitmacht, wonach das Reich von der Post gar nichts zu verlangen habe. Das Reich hat einen Anspruch darauf, aus ihrem Kapital eine angemessene Verzinsung zu fordern. Wir möchten dem Minister den guten Rat geben, sich möglichst bald einen tüchtigen Finanzmann zu beschaffen. Er hat zwar gute Bureauraten um sich, aber von finanziellen Fragen findet man bei ihnen keinen blässen Schimmer. Es war geradezu erschütternd, den Bericht zu hören, der dem Verwaltungsrat gegeben worden ist und in dem ausgeführt wurde, wie die finanziellen Fragen bisher erledigt wurden und wie man sich die Aufnahme von Anleihen denkt. Wir sind der Ansicht, daß man einen Uebergang zwischen kurzfristigen und langfristigen Anleihen durch die Ausgabe von Postkassenanweisungen schaffen kann. Wenn nicht eine Katastrophe eintreten soll, so muß die Postverwaltung so schnell wie möglich einen versierten Fachmann für Finanzfragen einstellen. Der Reichspostminister ist der einzige von den Ministern in der demokratischen Republik, bei dem eine eigentliche Kontrollinstanz fehlt. Jetzt weiß man gar nicht, ob man überhaupt noch eine Kritik an der Postverwaltung üben darf. Der Reichstag könnte zwar dem Minister das Gehalt verweigern, sonst hat er ihn aber nichts zu sagen. Das kennzeichnet die ganze Stellung, die der Reichstag gegenüber diesem Ministerium einnimmt. Der Verwaltungsrat ist durch seine Zusammenfassung so wohl erzogen, daß von ihm eine scharfe Kritik nicht zu befürchten ist. Die meisten Männer darin sagen nicht viel, bei der Wahl des Ministers haben sie nicht mitzureden. Der Minister darf nicht der Vorherrschende seiner eigenen Kontrollinstanz sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit Jahren haben wir schon eine einheitliche Reichspost. Aber die Post in Bayern und in Württemberg ist so partikularistisch, daß man dort von eigenen Verwaltungen sprechen kann. Der Minister bemüht sich leider nicht, die Rechte des Reichs in der notwendigen Weise zu wahren. Der Redner wendet sich zum Schluß gegen den Widerhall, den die Rede des Reichsinnenministers Rätz über die Pflichten der Beamten bei den höheren Postbeamten gefunden hat. Er verliest eine Aeußerung aus ihrem Organ, die sich gegen die Auffassung wendet, als ob die Beamten sich rückhaltlos auf dem Boden des republikanischen Staates stellen müßten, und verlangt vom Minister, daß er auf diese Unerschämtheit der höheren Beamten die verbindliche Antwort gibt.

Abg. Harmon (Dnat.) unterstützt eine Entschließung des Ausschusses, wonach dessen Mitgliedern die Niederschriften über die Verhandlungen des Postverwaltungsrates zugänglich gemacht werden sollen.

Abg. Passelt (Soz.)

weist darauf hin, daß die Ueberschüsse von 11 Millionen Mark, die der Rundfunk ergibt, zu einem erheblichen Teil aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung stammen. Aus dieser Tatsache müßten die Folgerungen gezogen werden. Der Redner

fragt den Minister, ob er bei der Umorganisation der Funkgesellschaften der Reichspost den bestimmen den Einfluß gesichert habe, um dadurch einmal dem Reich höhere Ueberschüsse aus dem Rundfunk zu verschaffen und die Programme in kultureller Beziehung zu beeinflussen. Die Geschäftsführer und einzelne Leiter der Funkgesellschaften haben heute Bezüge, die die Ministergehälter erreichen, ja sie sogar übersteigen. Dagegen gibt es bei ihnen noch Angestellte, die unter den sonst in ihren Bezügen üblichen Bezügen entlohnt werden. Der Rundfunk darf nicht nur hohe Ueberschüsse erzielen, er muß auch in kultureller Beziehung vorbildlich wirken.

Reichspostminister Stögl

geht auf die in der Debatte vorgebrachten Wünsche und Beschwerden ein. Er behauptet, daß der Dienstplan nicht so ungünstig sei, wie es hier dargestellt würde. So betrage die durchschnittliche Dienstzeit im Reich nach Abzug der Pausen 42 bis 43 Stunden, in Hannover, wo sie angeblich besonders schlecht geregelt sein soll, nur 41 Stunden. Beim Rundfunk müßten die Wünsche der gesamten Bevölkerung erfüllt werden, die Wünsche einzelner Parteien oder Organisationen könnten nicht berücksichtigt werden. Die Programme des Rundfunks sollen vor allem in kultureller Beziehung ausgebaut werden. Die Leiter der Funkgesellschaften erhalten, soweit er unterrichtet sei, nur die üblichen Gehälter. Mit der Herabsetzung der Gebühren habe man bisher keine günstigen Erfahrungen erzielt. Die Steigerung des Verkehrs sei niemals eingetreten. Wenn man immer von Herabsetzungen der Tarife spreche, so werde dabei nie davon gesprochen, wozu die Post eigentlich leben soll. Außer den Inflationen in anderen Ländern hatten nur nach Amerika und Deutschland das alte Briefporto. Der Brief koste, wie vor dem Kriege, nur 10 Pf. Porto, dabei seien alle Produkte und Rohmaterialien seitdem erheblich im Preise gestiegen. Große Heiterkeit entsteht, als der Minister die Erörterung von Beschwerden über Bayern mit der Bemerkung beginnt: „Bayern, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich diesen Ausdruck in den Mund nehme.“ Die Beschwerden des Abg. Steinkopf über den bayerischen und württembergischen Partikularismus seien unbegründet. Die Postgebäude in Bayern hätten bei festlichen Gelegenheiten Schwarzrotgold gelagert. (Stürmischer Widerspruch links.) Der Minister erklärt, er habe selbst am Volkstrauertag die schwarzrotgoldene Fahne halbmast an der Münchener Hauptpost gesehen. Zu dem von Abg. Seppel angebrachten Fall des Kappisten Weberstedt sagt der Minister: Es widerstrebe ihm, Personalverhältnisse im Reichstag zur Sprache zu bringen. Es sei nicht vorgemerkt, welcher Partei ein Beamter angehöre. Weberstedt sei befördert worden, weil er den dienstlichen Anordnungen entprochen habe. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es im nächsten Jahre gelingen werde, mehr für Breslau zu tun. Der Abg. Seppel habe nicht das Recht, ihn so anzugreifen, wie er das heute getan habe. Es könne nicht geduldet werden, daß ein untergeordneter Beamter einen Vorgesetzten in der Öffentlichkeit herabsetze. (Da sich diese Bemerkungen gegen den Abg. Seppel, der Postbeamter in Breslau ist, zu richten scheinen, entsteht auf der Linken lebhafter Unruhe, während die Rechte dem Minister beifällt.) Abg. Seppel möge nur immer darauf loswettern, er bleibe immer im rechten Gleise.

Abg. Ende (Wirtsch. B.) wünscht eine bessere Bezahlung der Nachtarbeit der Postbeamten.

Damit schließt die Aussprache.

Der Haushalt des Reichspostministeriums wird nach den Beschlüssen des Hauptauschusses verabschiedet. Angenommen werden zwei Anträge, bei Einführung des Postsparkverkehrs diesen nicht auf die öffentlichen Sparkassen zu beschränken, sondern auch auf die gewerblichen und landwirtschaftlichen Darlehensvereine auszudehnen, und ferner, Stundungsgeluche bei rückständigen Telefongebühren mehr als bisher zu berücksichtigen.

Gegen 7 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag mittag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Haushaltsberatung beim Haushalt der Finanzverwaltung sowie des Haushaltsgesetzes. Außerdem einige kleinere Vorlagen, darunter die Ratifizierung des Abkommens von Konferenz von Helsingfors über die Befämpfung des Alkoholismus in der Ostsee. Präsident Löbe bemerkt dazu: „Das ist noch nicht die große Alkoholdebatte.“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Komödie im Landtag.

Die Deutschnationalen für Kürzungen. — Die Volkspartei gegen Stresemann.

Im Mittelpunkt der gestrigen Landtagssitzung stand der Antrag der Kommunisten, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen, weil es sich mit der Außenpolitik der Reichsregierung einverstanden erklärt habe und weil es in der Frage des Kürzenausgleichs nicht für sich genug vorgehe.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 196 gegen 183 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag haben also auch die Deutschnationalen und Abgeordneten von den Abgg. Wiemer, v. Richter und Leidig, auch die Vertreter der Partei Stresemanns gestimmt!

Am Verlauf der Sitzung finden dann noch Annahme der Anträge auf Einrichtung einer Vertretung Preußens in den Hansestädten mit dem Sitz in Hamburg sowie auf Einwirkung auf die Reichsregierung, daß sie durch Verhandlungen mit den Belagungsmächten die baldige Herabsetzung der Belagungsgruppen auf die zugesicherte Stärke von etwa 50 000 Mann zu erreichen versucht.

Auf dem Ausschuh Antrag, dem Opernhaus einen Teilbetrag von 1 Million zu bewilligen, stimmt das Haus (mit 255 gegen 3 Stimmen) zu.

Ein Zentrumsantrag, daß die Lösung der Opernhausfrage im Wege eines Preisausgleichs gesucht und das Staatsministerium eracht werde, keinerlei provisorische Bauten zu errichten, wird dagegen mit 263 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

In der dann einsetzenden 3. Beratung der Hauszinssteuer bejährt es Gen. Meier-Solingen als die Hauptverschlechterung der Vorlage gegenüber der Ausschuhfassung, daß die Landwirtschaft steuerfrei gelassen werden solle. Eine solche Ungerechtigkeit gegenüber anderen Steuerzahlern könne die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Dabei sei interessant, daß noch vor 1 1/2 Jahren Dr. Leidig von der Deutschen Volkspartei sich mit Feuerzifer für die Beseitigung des Unrechts der Steuerfreiheit der Landwirtschaft eingesetzt habe, während heute die Deutsche Volkspartei für diese Steuerfreiheit eintritt.

Um 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vormittags.

Die Osterzigarren
welche durch ihre Eigenart Festfreude schaffen, sind die milden.

JUHL
ZIGAREN

Neu eingeführt · Fatkraft 15.3
Confectionär 20.3

Ehältlich in Zigarreneschäften

Sachlieferung: Kohle.

Der deutsche Bergbau unter dem Dawes-Plan.

Von Steiger Halbfell

Der Generalagent für Reparationszahlungen hat am 30. November 1925 seinen zweiten Bericht, der das erste Jahr der Tätigkeit des Generalagenten umfaßt, der Reparationskommission vorgelegt. Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben geht, wie wir bereits berichteten, hervor, daß 896 777 Millionen Mark an die Ententestaaten abgeführt wurden, und daß der Generalagent am Schlusse des Reparationsjahres (31. August 1925) noch über einen Kassenbestand von 107 Millionen Mark verfügte, so daß Deutschland seinen Verpflichtungen, die im ersten Jahre 1 Milliarde Mark betragen, gut nachgekommen ist. Das Geschäft der Deutschnationalen gegen die fürchterlichen Lasten des Dawes-Planes, dem sie selbst durch ihre Zustimmung im Reichstag zur Annahme verhasst, ändert nichts daran, daß die Ursache dieser Lasten nicht der Dawes-Plan und auch nicht der Vertrag von Versailles, sondern der verlorene Krieg ist, an dessen Entfaltung und Durchführung die Deutschnationalen ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Auch wir sind der Meinung, daß die Lasten, die wir übernehmen mußten, wahrscheinlich auf die Dauer nicht von uns erfüllt werden können. Betrachtet man aber den vorliegenden Bericht unvoreingenommen, so erscheint klar, daß der Dawes-Plan die Reparationszahlungen, die wir infolge des verlorenen Krieges nun einmal auf uns nehmen müssen, in geregelte Formen zu bringen versucht, so daß die Schädigung unserer Wirtschaft eine möglichst geringe wird.

Der deutsche Bergbau ist an den Reparationszahlungen durch Sachlieferungen in Form von Brennstoffen der verschiedensten Art wesentlich beteiligt; daher erfahren die einschlägigen Fragen der deutschen Kohlenwirtschaft im Bericht des Generalagenten auch eine entsprechende Würdigung und Kritik. Zur deutschen Kohlenförderung sagt der Bericht, nachdem er die allgemein bekannten Gründe der Kohlenkrise besprochen und besonders auf die Umstellung der deutschen Kohlenförderung auf Braunkohle hingewiesen hat, daß die Kohlenförderung innerhalb der jetzigen deutschen Grenzen nach Umrechnung der Braunkohle in Steinkohle in der Berichtszeit (September 1924 bis August 1925) etwas höher war als 1913, nämlich 162,543 Millionen Tonnen gegenüber 160,137 Millionen Tonnen. Die Kohlegewinnung blieb dagegen in der Berichtszeit um 13 Proz. gegenüber 1913 zurück. Die Lieferung von Kohle an Gläubigerstaaten auf Reparationskonto belief sich mengenmäßig im ersten Zahlungsjahre auf 8 158 000 metrische Tonnen (zirka 1000 Kilogramm), das heißt, auf 6,2 Proz. der zwölfmonatlichen Förderung. Während des Zahlungsjahres wurden ferner auf Reparationsrechnung 3 530 000 Tonnen Kohle geliefert, die in dem vereinbarten Umrechnungsoverhältnis von 3:4 4 706 000 Tonnen Kohle darstellen. Ferner wurden 469 000 Tonnen Braunkohle geliefert, die nach dem vereinbarten Umrechnungsoverhältnis 104 000 Tonnen Steinkohle ergeben. Der Wert der im Berichtsjahre gelieferten Mengen Kohlen, Koks und Briketts betrug 236,6 Millionen Mark oder 52 Proz. des gesamten Wertes aller Sachleistungen. Der Transport dieser Mengen erforderte 85,35 Millionen Mark oder 18,78 Proz. der gesamten Sachleistungen, so daß infolge der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto insgesamt 70,85 Proz. der Sachleistungen oder rund ein Drittel der gesamten Reparationszahlungen abgegolten werden konnten. Nach der Bilanz vom 31. August bekam Frankreich an Kohlen, Koks und Braunkohle für 136 212 Millionen Mark, Italien für 36,501 bzw. 13,284 Millionen Mark und Belgien für 44,680 bzw. 11,883 Millionen Mark. Der durchschnittlich angerechnete Wert für eine Tonne Kohlen betrug unter Berücksichtigung der obigen Umrechnung von Koks und Braunkohle in Steinkohle 18 R. Für den Kohlentransport entstanden durchschnittlich 7 R. Kosten, so daß mit jeder Tonne Kohle, die auf Reparationskonto geliefert wurde, für 25 R. direkte Arbeit geleistet werden konnte.

Hier liegt auch ein wesentlicher Teil der guten Seiten des Dawes-Planes, daß dadurch, daß er die Kohlenlieferungen

festlegt und regelt, dem deutschen Bergbau und besonders dem Ruhrbergbau, ein nennenswerter Teil des Absatzes garantiert wird. Da diese Kohlenmengen im ausländischen Bergbau, besonders in Belgien, Frankreich und England unangenehm empfunden werden, so läuft man dort immer wieder gegen die Lieferung von Kohlen auf Reparationskonto Sturm. Teils aus diesen, teils aus anderen Gründen, war Ende 1924 schon eine Herabsetzung des Kohlenprogramms um 10 Proz. vorgenommen worden.

Interessant ist auch die Auffassung des Generalagenten über die Gütertarife, die ja bei der Kohle im allgemeinen und bei den Lieferungen an Reparationskohle im besonderen eine große Rolle spielen. Wörtlich sagt der Bericht darüber:

„Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Verfrachter je einschließliche Steuern für einen Tonnenkilometer einen Durchschnittssatz bezahlt, der um 48 Proz. höher ist als der des Jahres 1913, und daß andererseits die Einnahmen der Eisenbahn für ein Tonnenkilometer um 34,5 Proz. gestiegen sind. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Großhandelsrichtzahl im August 1917 und die Lebenshaltungsrichtzahl 145 betrug, so zeigt es sich, daß die heftigen Angriffe, die hin und wieder gegen die Höhe der Gütertarife in Deutschland gerichtet werden, nicht gerechtfertigt sind.“

Man kann im Gegenteil sagen, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft zwar die Frachttarife der ordentlichen Klassentarife auf der für ihre Ausgaben erforderlichen Höhe gehalten hat, daß sie aber andererseits bemüht war, der deutschen Volkswirtschaft zu Hilfe zu kommen, indem sie zahlreiche stark ermäßigte Ausnahmetarife gewährt hat für die Einfuhr gewisser Rohstoffe, für die Kohlen-, Erz- und Düngemittel, für die Ausfuhr von Fertigwaren und auch zugunsten der Entwicklung der deutschen Häfen.

Für eine Entfernung von 100 Kilometer ist zum Beispiel der Frachtsatz für ein Tonnenkilometer in Deutschland und in anderen Ländern mit stabiler Währung, in Pfennigen ausgedrückt, der folgende:

	Deutschland	Schweden	Schweiz	Beland
Kohle	4,1	5,8	10,7	5,7
Rundholz	6,2	5,8	6,5	5,9
Getreide	8,6	10,4	19,7	5,9
Verkaufsmaschinen	18,5	18,8	19,7	10,2
Eisenerze	8,5	4,6	18,0	7,8
Zement	4,9	5,8	10,7	5,4
Plastersteine	2,4	5,3	6,7	5,4
40prozentige Kalisalze	2,6	5,8	9,6	4,6
Schienen	7,6	6,7	17,4	10,2
Baumwolle	13,5	22,6	10,7	11,9

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die deutschen Gütertarife augenblicklich im ganzen niedriger sind, als die der zum Vergleich herangezogenen übrigen Länder. Die Bedeutung dieser Tatsache geht daraus hervor, daß der Kohlenverkehr Deutschlands 37 bis 40 Proz. des gesamten Güterverkehrs umfaßt.

Das Gesamtbild, das man auf Grund des Berichtes des Generalagenten von der deutschen Wirtschaft und vom deutschen Kohlenbergbau erhält, ist nicht so ungünstig, als wie es nach den Erscheinungen der Wirtschaftskrise zu erwarten wäre. Auch aus dem Bericht geht hervor, daß trotz der Schwere der Krise, der deutsche Kohlenbergbau gesund und konkurrenzfähig ist.

Neue handelspolitische Schwierigkeiten mit Spanien.

Vor wenigen Tagen hat Spanien ganz plötzlich ein Einfuhrverbot für Farben und Explosivstoffe erlassen. Obwohl sich dieses Verbot nicht ausdrücklich gegen die deutsche Einfuhr richtet, sind doch der deutsche Exporthandel und die deutsche chemische Industrie die hauptsächlich hiervon Betroffenen, da der Großteil der spanischen Einfuhr an Farben aus Deutschland stammt. Die spanische Regierung hat öffentlich erklären lassen, daß das Einfuhrverbot lediglich eine vorläufige Maßnahme sei. Man wolle zunächst einmal feststellen, welcher Teil des spanischen Bedarfs an Farben und Explosivstoffen im Lande selbst hergestellt werden könnte, um in Zukunft die Einfuhrerlaubnis nur für diejenigen Waren zu erteilen, die von der heimischen Industrie

nicht geliefert werden können. Derart soll die chemische Industrie Spaniens unterstützt und in ihrem weiteren Aufbau gefördert werden.

Für Deutschland besteht kein Anlaß und auch keine Möglichkeit, gegen die Maßnahmen Spaniens einzuschreiten, da sich das Verbot ja nur der Sache, aber nicht der Form nach gegen die deutschen Interessen richtet. Von einer direkten Verletzung des handelsvertraglichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Spanien, das im „Handelsprovisorium“ vorliegt, kann also keine Rede sein. Dennoch wird man sagen können, daß die wenig freundliche und tonzitiante Form, in der Spanien seinem alten Wunsch auf protektionistische Förderung der chemischen Industrie nachgekommen ist, sicherlich eine empfindliche Erschwerung für die künftigen Verhandlungen bildet, die zwischen Deutschland und Spanien über die endgültige Form des Handelsvertrags demnächst geführt werden müssen.

Anleihe-Verhandlungen der Deutschen Reichsbahn.

Nachdem der 100-Millionen-Kredit des Reiches an die Deutsche Reichsbahn in Form eines Zwischenkredits einmal zu produktiver Erwerbsloshilfe und zum anderen für die notwendigen Ausgaben für verbundene Anlagen der Deutschen Reichsbahn gegeben worden ist, bemüht sich die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn um weitere Mittel und ist, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ zuverlässig hört, mit deutschen Großbanken in Verhandlungen zwecks Auflegung einer größeren Anleihe eingetreten. Aller Voraussicht nach werden die dabei beteiligten Banken ein Konsortium bilden; ob ein Teil der neuen Reichsbahn-Anleihe im Ausland untergebracht wird, ist noch unentschieden. Der Wunsch der Verwaltung der Reichsbahn und das Bedürfnis im gesamten Finanzprogramm richtet sich auf einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Mark. Es ist jedoch ungewiß, ob Gelder in dieser Höhe bewilligt werden. Man wird dann bemüht sein, von dem geplanten Gesamtkredit eine erste Tranche in Höhe von 100 Millionen Mark aufzulegen. Die Verhandlungen hierüber nehmen guten Fortgang.

Der Jahresbericht 1925 der Deutschen Reichsbahn, der in allgemeiner Uebersicht bereits kurz mitgeteilt wurde, wird voraussichtlich Mitte April vorgelegt werden können. Die direkte Auftragsvergebung aus dem 100-Millionen-Zwischenkredit des Reiches wird in raschem Tempo durchgeführt.

Ein deutsch-dänisches Zollabkommen.

Unser Kopenhagener Korrespondent schreibt uns: Die in Berlin zwischen Dänemark und Deutschland geführten Zollverhandlungen haben nun zu einem Abschluß geführt. Die schnelle Einigung zwischen beiden Ländern wurde insbesondere dadurch möglich, daß Deutschland seine Einfuhrzölle für verschiedene landwirtschaftliche Artikel erheblich herabgesetzt hat. So ist der Einfuhrzoll für schwere dänische Pferde (Stütsche Halbblüter) um mehr als die Hälfte erniedrigt worden. Auch für gelagerten Fleischabfall erhebt Deutschland künftighin nur 24 statt 60 Goldmark pro 100 Kilogramm und für die harten dänischen Käsesorten ist der dänische Landwirtschaft gleichfalls eine erhebliche Zollminderung zugestanden worden.

Im großen und ganzen kann man mit dem Ergebnis der Zollverhandlungen auf deutscher wie auf dänischer Seite zufrieden sein. Vor allem sind durch die Verhandlungen die wildesten protektionistischen Ausschreitungen der Zollgesetzgebung des Rechtsblockes beseitigt. Natürlich hindert der günstige Ausfall der Verhandlungen die dänische Interessentenpresse nicht, das neue Abkommen sofort zu kritisieren. Sie bemängelt z. B. daß nicht der Zoll für alle dänischen Pferde herabgesetzt wurde. Darauf ist zu entgegnen, daß das wirtschaftlich schwer ringende Deutschland kein Interesse an einer Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz durch zollfreie Einfuhr dänischer Vollblüter hat. Auch weitere Konzessionen für die Einfuhr von Rasse aus Dänemark konnten von Deutschland nicht gemacht werden, weil dem bestimmte Vereinbarungen mit den Hartkäselieferanten, Holland und Schweiz, entgegenstehen. Dagegen scheint die Frage berechtigt, warum die Reichsregierung es konsequent ablehnte, über eine Herabsetzung des Zolles auf frisches Fleisch zu verhandeln. Dänisches frisches Fleisch hat vor dem Kriege in Kiel und Hamburg preisregulierend gewirkt und auch heute herrscht in Deutschland wohl nicht ein derartiger Fleischüberfluß, daß man das billige Fleisch aus Dänemark als Preisregulator entbehren kann.



Wochenabschluss

bei
Baer & Sohn AG

BERLIN, CHAU/SEE/STR. 29/30. UNTERGRUNDBAHN: TETINER BAHNHOF

GÜNSTIGE ANGEBOTE FÜR FREITAG + SONNABEND

- | | |
|--|---|
| <p>Herrn-Frühjahrmäntel grau und modellarbig . . . 42.—</p> <p>Herrn-Paletot marro, Cheviot 45.—</p> <p>Herrn-Ulster moderner Schnitt, vornehme Dessins . . . 55.—</p> <p>Sport-Paletot Covercoat, mit und ohne aufgesetzte Taschen . . . 55.—</p> <p>Gummi-Spezial-Mantel für Damen und Herren, aus Homospun 17.50</p> <p>Gabardine-Schlüpfer modellarbig 24.—</p> <p>Gabardine-Ulster in hervorragender Ausführung . . . 55.—</p> <p>Damen-Mäntel aus gutem Covercoat, leichte Formen . . 27.—</p> <p>Backfisch-Mäntel leichte Formen und Farben 9.75</p> <p>Knaben-Pyjacks gefüttert, mit Aermelstücken 8.—</p> <p>Original Kieler-Anzüge Hose gefüttert, mit Uebertragen, Aermelstücken . . . 16.—</p> <p>Herrn-Hosen 30, 35, 16, 14, 12, 7,50, 6, 4,25 3.75</p> <p>Herrn-Breeches 27, 34, 18, 15, 12, 9,50, 7,50 5.—</p> | <p>Herrn-Sakkoanzüge moderne Stoffe und Farben, 75, 65, 55, 45 33.—</p> <p>Blaue Sakkoanzüge ein- und zweireilig 75.—</p> <p>Sportanzüge aus haltbaren Stoffen und modernen Formen mit Breeches, Knickerbocker oder langer Hose, je nach Qualität 27.—</p> <p>Manchester-Sportanzüge in vielen Farben mit Breeches 36.—</p> <p>4 teilige Sportanzüge aus guten Stoffen in hervorragender Ausführung mit Knickerbocker, Breeches oder langer Hose 75.—</p> <p>Lodenanzüge in verschiedenen Formen und Qualitäten 50, 45, 30, 25, 20 24.—</p> <p>Jagdanzüge aus strapazierfähigen Lodenstoffen 75.—</p> <p>Lodenmäntel aus imprägnierten Strichloden für Damen 18, für Herren 15.—</p> <p>Herrn-Ledersportjacks hierzu passende Breeches vorrätig . . braun 95, schwarz 75.—</p> <p>Damen-Lederjacks aus gutem braunen Leder in leichten Formen 125.—</p> <p>Motorrad-Kombinationen aus wasserdichten Stoffen 22.50</p> <p>Windjacks aus wasserdichten Stoffen, für Damen 12, für Herren 10, für Jungläufer 9, für Knaben 8.—</p> |
|--|---|



Allzu stark
ist ungesund

und verschönt auch nicht gerade Ihren äusseren Menschen. Wohl aber ist Fettlichkeit die Ursache täglicher Beschwerden und lebenslänglicher Leiden. Schlürfen Sie morgens und abends das köstlich schmeckende kohlen-saure „Boesongetränk“! Leichtbeschwingt und frohgemut werden Sie dann alle „Wohlbelebten“ überholen. Darum nehmen Sie

Boeson-Fruchtsalz

für Ihre Gesundheit
im Kampf gegen Rundhülle.

In allen Apotheken und Drogerien erhältlich; wo nicht, wenden Sie sich an den Generalvertreter Theodor Wolff, Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 95. Fernsprecher: Hausbeide 5121 u. 5123.

Der alte Güterwagen erzählt.

Von Max Dorfu.

Die Bahnstrecke läuft ein in den Wald. Sie verläßt das freie Feld. Hart an der Strecke, direkt am Waldestrand, steht der alte Güterwagen. Ein alter Inwalde ist dieser Wagen, er kann nicht mehr laufen, er hat keine Räder mehr, und doch erfüllt er sich noch, er hat noch einen Zweck; er gibt Obdach. Der alte Güterwagen gibt den Streckenarbeitern Obdach gegen Sturm, Regen, Schnee und Kälte. Allerdings nur für die Nachtzeiten. Die Nachtzeiten dürfen die Streckenarbeiter unter dem gastlichen Dache des alten Güterwagens perzieren, dann heißt es aber: schnell wieder hinaus auf die Strecke, da wird nicht lange gefragt, ob du magst oder nicht, ob's Wetter schön oder schlecht ist, ob Raune oder keine — die Pflicht, die Pflicht, im Herzen aber klingt es anders, da brummt es: Der Zwang! Der Zwang!

Der alte Güterwagen an der Bahnstrecke, hart am Waldestrand, das Schuttdach der Streckenarbeiter. Seht ihn einmal da stehen, den alten Güterwagen, hat er euch nichts zu sagen? Einmal war der alte Güterwagen doch jung, wie ein junges Pferd ist er hinter der lustigen Lokomotive einhergelaufen, hin über alle Stahlwege Deutschlands.

Gewiß, Schönes ist am alten Güterwagen nicht dran, aber liegt in keiner alten schiefen Wesensart nicht doch etwas zu Beachtendes? Wie fühlst du vor diesem alten Bahnhofsgebäude, vor diesem alten Waggengesetz? Gott, wie fühlst du? Wie fühlst du denn vor einem alten Arbeiter? So etwas wie Ehrfurcht springt in dir auf, der da tat seinen guten Dienst, irgendwie hat er mitgeholfen an der Gemeinschaft, jetzt ist der alte Wagen ausrangiert, wohin rangiert man die alten Arbeiter? Uff'n Friedhof. Gewiß, auch das stimmt, und wer denkt an die alten Arbeiter am Friedhof? Die Amfeln und die Nachtigallen, die singen den alten treuen Arbeitern ein schönes Liedchen, ein Liedchen vom Berg, von Liebe und Auferstehen.

So, nun schaut mal richtig auf den Güterwagen hin —? Heil, wir hören's schon, den Gesang, und am Dach sitzt sie ja, am Dache des alten Güterwagens sitzt die kleine Freundin, die Sängerin, die Amfel. Und ihr Herz strömt in schönen Klängen in die sonnige Vorkienluft, weil das ist sein, freue auch du dich, du alter schleier ausrangierter Güterwagen, eine junge Amfel singt dir ein liebliches Liedchen.

Schön ist es heute morgen auf der Strecke. Bald wird Frühstück sein. Die Sonne so blank, der Himmel so blaugrün, und am Bahndamm blühen die ersten gelben Sterne, die hübschen runden Blüten des Hufschlachs. Ein langer Güterzug hoppelt schwer vorüber, leise windt der alte Güterwagen den rollenden Kollegen mit der rissigen Hand einen Gruß zu, aber ach, die rollenden Brüder sehen den alten Kameraden nicht, ihr Sinn steht in die Ferne, sie haben noch die Unrast des tätigen Lebens im Körper, — die Inwalden! Gott, man wirft ihnen nicht einmal 'n Bröcklein Mitleid in den alten Bettelhut, und sie bitten doch nur um ein Stückchen Herz.

Ja, der alte Güterwagen an der Strecke, hart am Waldestrand. Im Wald wird es lebendig. Das Jungholz grünt schon, der Hartriegel blüht über und über, lauter goldgrüne Blütenroschen am weitzerzweigigen Busch. Und vorsichtig knappert ein junges Reh das blättrige junge Frühgrün mit seinen weißen Zähnen ab. Wer sieht das? Der alte Güterwagen, der sieht seinen Wald.

Auch die Streckenarbeiter lieben ihren Wald, nur daß man nicht viel darüber redet, die Seele ist schau, man zeigt nicht gerne sein Inneres, hart ist wohl manchmal das äußere Wort, aber milde und sanft ist der Kern, die Seele. Woher weißt du das? Schaut den Menschen ins Auge!

Frühstück. Rin in den alten Güterwagen. Der Humpelschorch hat schon Feuer gemacht, die Kaffeetassen sind warm. Freunde von der Strecke, nun ruht euch ein Weilchen, in den Armen eures treuen Freundes, in den Armen des alten Güterwagens; weiltosen steht seine Schiebtüre, offen für euch, ihr rauhen handfesten Männer, herzlich willkommen zur Rast: so sagt euch der alte treue Güterwagen. Spitzt nur gut eure Ohren.

Trillala, da singt am Dache des alten Wagens auch noch 'n Hirtlein. Die Abblöschung von der Amfel. Und Trillala auch im Wagen drin. Das war die 'ne Ueberraschung. Da lag am Tischende, wo immer der Frigel Rost ist — 'ne funkelneue Pfeife, 'ne richtige Muß aus feinem rotbraunen Birnbaumholz, und die Muß liegt wie ein Orden auf grünem Atlasstiften, vom Waldbrand her hat der Humpelschorch 'n paar Tannenzweige geholt, die hat er abgebrochen von der jungen Fichte, die weinte leise. Soll der eine sich freuen, so muß oftmals der andere leiden.

Ra, Kollege Frigel, wir gratulieren dir auch alle. Frigel Rost hat Geburtstag, er wird heute dreißig Jahre alt. Dreimal dreißig — macht neunzig, sagt der alte Rottenführer, so alt sollst du werden, Frigel! Die Pfeife schenken wir dir, rauche du tüchtig, das kanteroliert Herz und Zungen, wir ham jeder 'n Groschen gestiftet, deine alle Muß zerbrach ja auf der Schiene, als sie dir neulich aus den Zähnen fiel. Danke, sagt Frigel, und er gab jedem die Hand, im Auge des Frigel schimmerte es wie Tau am Morgenras. Nicht die Pfeife, aber das Herz, das hinter der geschenkten Muß stand, das war es, was den Frigel berührte.

Frigel sah nun vor seinen grünen Geburtstagszweigen. Er trant gierig seinen Kaffee. Sein Brot rührte er nicht an. Im roten Taschentuch blieb das Frühstücksbrot festverknüpft liegen, der Frigel knippte das Tuch nicht auf, ich hab' heut' gar keinen rechten Appetit sagt er den Kollegen, es ist mir im Kopfe schlecht. Was 'n Wunder, der Frigel war Kriegsverletzte, er hatte 'n Kopfschuß, manchmal bekam er böse Tage. Und so blah war der Frigel heute an seinem dreißigsten Geburtstag. Und das große rote Taschentuchfrühstück Frigels Herz sei, das da vor ihm auf den grünen Tannenzweigen stand, er hatte es sich aus der Brust herausgenommen? Es ward wenig beim Frühstück geredet, wie auch! wenn der bleiche Frigel immer mit großen bangen Augen auf sein rotes Herz da vor sich hinstarrte.

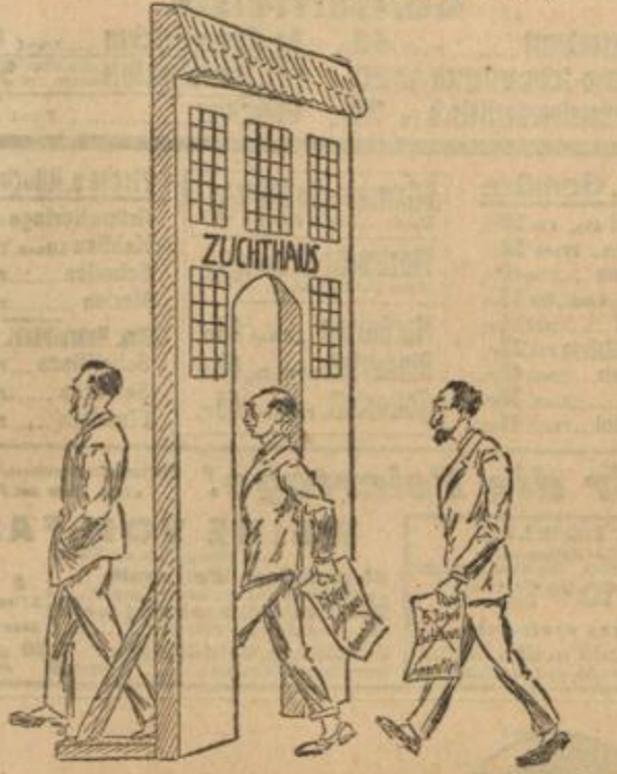
Frühstück ist um. Raus auf die Strecke! Frigel, sagt der alte Rottenführer, bleib' du man heut' morgen hier drinnen, ruhe du dich, dann ist dir auf Mittag besser. Und der Frigel blieb. Ihn fro, trotz der warmen Vorkienluft. Er rühte ganz nahe an den eisernen Dien, er wart da noch zwei Bricketts hinein, das Feuer rasselte, dem Frigel aber klapperten die Knochen, ihn fro gar so sehr. Und er schlief ein. Die Seele des alten Güterwagens aber wachte auf.

Der Güterwagen räusperte sich, und er fing an zu erzählen. Höret! Heute bin ich gerade sechzig Jahre alt, sagte der alte Güterwagen, heute vor sechzig Jahren ließ ich zur ersten Fahrt aus der Werkstatt, weil das war die 'ne Freude. Kollis-palterti ging es strohhaus — strohhaus. Immer bin über die schönen blanken Stahlreifen. Wie ein Pferd war ich, so stark und so schön, und stolz wie

ein stolzes Pferd trug ich meine Lasten, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land. Ich war nicht nur schön und jung, ich war auch nützlich, ich half den Menschen, und die Menschen dankten mir mit einem guten Trunk' Del, gierig tranken das meine zwitschernden Ähnen.

Da kam ein Trouertag. Es war Krieg. Es war ja wohl so um die siebziger Jahre herum, da hatte man mich mit anderen fünfzig Kollegen weit nach Frankreich hineingefahren, singende junge Soldaten trugen wir hin, zerhobene blutige Menschenleiber fuhrten

Das Urteil im Matteotti-Prozess.



Eine Komödie, verfaßt und inszeniert von Herrn Benito Mussolini.

wir zurück. Das war eine schreckliche Last, nie habe ich das Bestäube und das Verfluche der Verwundeten vergessen können, und ist doch nun schon über ein halbes Jahrhundert her. Was war das? Spitzte der schlafende trante Frigel nicht sein Ohr??

Die Zeit läuft schneller als ein Güterwagen, so erzählte der alte Inwalde Wagen nun weiter, die Zeit überholte mich. Die Zeit war immer jung, ich aber ward alt, ich fing an zu hinken, und ich kam ins Krankenhaus, in die Werkstatt, zur Reparatur: 'n paar mal kam ich hin, und eines Tages kam ich hierher, man hob mich herab von den Rädern, ich hatte ausgedient, ich war inwalde.

Immer schneller roste die Zeit, meine alten Knochen aber wurden immer mürber, Sehen konnte ich noch ganz gut. Und ich sah, daß dann wieder Krieg war, das war ja wohl so um vierzehn herum. Krieg! Und richtig fuhr man junge Menschen um Schlachtvieh wieder an die Fronten hinaus; und zerhobene, jammernd und fluchend fuhr man sie wieder in die Heimat zurück. Das ging so 'n paar Jahre hin, ich glaubte schon, die Welt sei wahnhaftig geworden, denn, war das noch Bernunft? Menschen, junge, schöne, gesunde Menschen zu schlachten? Und ich liebte doch die Menschen. Ich liebe sie noch heute.

Dann ward es eines Tages anders. Da kam von Norden her ein blauer Zug gefahren, ein Zug mit blauen Matrosen, die schwenkten rote rote Fahnen, und sie riefen: Rück dem Kriege, Segen dem Frieden! Und mein alter Güterwagenherz ward dabei ganz warm. Bernunft war wieder bei meinen Freunden und Schöpfern, bei den Menschen.

Nun ward die Rede des alten Güterwagens hastig — sie überstürzte sich manchmal — die alte Stimme konnte mit dem Feuer des Herzens nicht recht mit. War das Herz des alten Güterwagens wieder jung geworden? Ha, rief er, frei sein, leben in Freiheit, rote Flamme sein — Und ein Feuer brennt am Waldestrand, das wächst hinaus zur Sonne, Feuer der leuzigen Erneuerung, Frigel Frigel komme du mit, wir beiden springen ins Feuer hinein, wir fliegen zur Mutter Sonne hinaus — hinaus! hinaus! hinaus! Ein schwerer Fall — der Frigel war von der Bank gefallen. Er war tot. Sein Herz hatte ausgeträumt.

Mittags fanden die Kollegen den toten Kameraden schon starr und steif. Der Arzt sagte, ja! der Schuß durch den Kopf, die Kriegsmunde, das Gehirn war verletzt, und das Gehirn steht zum Herzen in naher Verwandtschaft.

Nun, ein Kriegsoffer mehr zu dem Millionenberge des europäischen Wahnsinns!

Eine Woche drauf. Da machte der Rottenführer sehr vorsichtig ein Dienstkuvert auf. Und ganz erstaunt las er den Kollegen dieses vor: „Der alte Güterwagen wird abgebrochen, an seiner Statt kommt eine Wellblechbarade.“

Da sagte der sündige Humpelschorch: Dann nehm' ich von diesem alten Güterwagen zwei Bretter, da mache ich 'n Kreuz draus, und das Kreuz kriegt unser Frigel aufs Grab. Denn hier im Güterwagen ist er gestorben. Gut, sagte der alte Rottenführer, und schreibe du dieses mit großen roten Buchstaben auf das Kreuz: „Wie triegen sie uns wieder in den Krieg!“

Wie sahen die Urwelttiere aus?

Von Willy Berg.

In den Juraformationen von TTT hat man Reste eines bislang unbekanntem ausgestorbenen Rieseneptils entdeckt. So, oder so ähnlich lautet die Zeitungsnachricht, und gewöhnlich wird dann meist allerdings nicht mehr, aber noch vor wenigen Jahren war es so) aus den wenigen aufgefundenen Knochenresten, beispielsweise einem Schädel, dem die Zähne und Teile der Decke fehlten, einem Vorderbein, Resten des Beckengürtels und der Hintergliedmaßen und einigen

Stücken der Wirbelsäule, die noch nicht untereinander zusammenhängen, mit offeneriger Fügigkeit ein Bild des Gesamteptils rekonstruiert, dem bald darauf eine Zeichnung des Tieres oder gar ein Gipsmodell folgt. Daß solche Bilder dann fast durchweg einfach falsch sind, liegt auf der Hand und einen komischen Höhepunkt solcher Rekonstruktionswut habe ich vor einigen Jahren an einem Tonmodell gesehen. Es kämpften dort zwei Saurier miteinander, die zu ganz verschiedenen Zeiten und außerdem noch in verschiedenen Erdteilen lebten. Solcher Stilleben wurden mehrere verübt, auf dem Titelbild eines älteren geologischen Werkes sieht man inmitten düsterer Donnergewölkung Ichthosaurier und Plesiosaurier in blutigem Kampfe. Diese Dennergewölke müssen die Tiere wohl verrückt gemacht haben, denn zu ihren Begegnungen dachten sie, inmitten einer Landschaft, die heiß und klar war, wie heut' ein Sommermorgen in der Südsee, bestimmt nicht an gegenseitige Vernichtung. Die „Aufmachung“ der Tiere ist übrigens so, daß sie sich selbst nicht erkennen würden.

Seitdem ist man klüger und — vorsichtiger geworden und rekonstruiert nur noch Tiere, die man aus zahlreichen Funden genau kennt und setzt noch die Worte „mutmaßliches“ oder „wahrscheinliches Aussehen“ darunter. Das hat in Lateinreisen aber zu der Annahme geführt, daß man von keinem einzigen ausgestorbenen Tier wüßte, wie es ausgesehen habe. Das stimmt aber nicht und ich will erzählen, welche Urweltgeschöpfe uns so genau bekannt sind, daß man ihre Bilder unbedenklich „echt“ nehmen kann.

Bei den in historischer Zeit ausgestorbenen Tieren ist es selbstverständlich, und von den verhältnismäßig vielen Tieren der wirklichen Vorzeit, die in verschiedenen geschüpften Erdzeitaltern noch nahe Verwandte lebend besitzen, kann man wohl mit Sicherheit Analogien aufstellen. Manche urweltlichen Reptile und Säugtiere waren ganz in Knochenpanzer gehüllt und haben uns dadurch ihre genaue Gestalt überliefert. Allergrößte Sicherheit und Genauigkeit haben wir jedoch beim Mammut, dem ausgestorbenen sibirischen Elefanten. Das Tier, welches ganz und gar mit langem braunrotem Haar bedeckt und etwas größer als unsere Elefanten war, ist in ganzen Kadavern im Eis eingefroren gefunden worden. (Ebenso sibirische Pelznoschörner aus der Eiszeit.) Die Gestalt des Mammuts kennen wir dank eiszeitlicher Schneestürme auf das genaueste — wir wissen z. B. daß an der Schwanzwurzel eine Art häutige Platte lag, die der Aftöffnung als Kälteschutz diente — auch haben es seine urmenschen Jäger auf Felswänden und Eiseneinstücken von seinen eigenen Eisjähnen mit gerader photographischer Treue abgemalt. Dabei hat sich die überraschende Tatsache herausgestellt, daß das Mammut, abweichend vom Elefanten, einen Hethöder besaß, der ihm das Ueberdauern des Eiszeitalters ermöglichte.

Zu besonderen Glücksfällen ist ein im Eis eingefrorener Kadaver noch nicht einmal nötig und es genügen Funde im Stein zu einem sicheren Bilde, wie wir es vor allem von dem vollstimmlichsten aller Saurier, dem Ichthosaurus, haben. Nichts besitzen wir von ihm, seinen konservierten Kadaver, keinen überlebenden Nachkommen, nichts als seine feingewordenen Exakte. Wieviele solcher Steinmumien aber zu dem Bilde nötig waren, kann man ermeslen, wenn man bedenkt, daß allein an einer Fundstelle, dem schwarzen Sauc (Was Epflon lag der Wissenschaftler) des Ortes Holzmaden in Württemberg jährlich 200 Fischschädel ausgegraben werden. Und von 100 Funden lohnen vielleicht 20 das Präparieren. Was konnte man nun alles aus dem Stein herauslesen? Zunächst, der Ichthosaurus (zu deutsch Fischschädel), dessen häufigste Art 2 bis 2 1/2 Meter lang wurde, der aber auch Riesenarten von 12 bis 15 Metern Länge aufweisen konnte, war eine gefällig in Rudeln lebende Raubbedecke, die sich vollkommen dem Wasserleben angepasst hatte. Er brachte lebende Junge zur Welt, die manchmal von den Kadavern sofort nach der Geburt wieder verschlungen wurden. Die allgemeine Gestalt war delphinähnlich, mit kurzem Hals und langem Schnabelrachen, der mit fürchterlichen Zähnen förmlich gepickt war (200 bis 250 Zähne). Den prallen Leib umschloß eine nackte, schuppenlose, glühbräune Haut, die auf dem Rücken grünlich-schwarz, auf dem Bauche weiß mit gelblichem Uebergang gefärbt war. Es ist dies die beste Farbe für ein Wasserreptil, da Wasser von oben nach unten gesehen dunkel, von unten nach oben gesehen hell erscheint. Damit war die Gestalt so ziemlich gegeben, ein einziger Umstand beschloßte noch die Gedanken der Forscher. Das hinterste Ende des langen Reptilschwanzes war stets nach unten geknickt. Zuerst dachte man an eine Verdrückung und richtete den Schwanz schon äußerlich gerade aus, dann an eine schwere Festschloße, die dem toten Kadaver die Wirbelsäule gebrochen haben sollte.

Da glückte es dem „Spezialisten in Ichthosauriern“, Dr. B. Hauff in Holzmaden, an einem besonders guten Exemplar sogar einen Abdruck der Hautlinie des alten Ueberlebens zu finden. Und es zeigte sich, daß die Fischschädel auch einen Fischschwanz besaßen hatte, in dessen unteren Lappen die Wirbelsäule einmündete. Außerdem fand sich in der Mitte des Rückens noch eine hohe spitze Hautleiste.

So fanden sich Forscherglück und Forscherfleiß zusammen in der Wiederherstellung des bekanntesten und interessantesten Sauriers.

Die Bedeutung der Arbeitshygiene.

Von Ministerialrat Prof. Dr. Koelich,
Bayerischer Landesgesundheitsrat in München.

Der wahre Reichtum eines Volkes liegt nicht in Sachgütern, sondern in der Masse der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Volksgenossen.

Das deutsche Nationalprodukt der Vorkriegszeit, welches auf 300 bis 400 Goldmilliarden geschätzt wurde, tritt erheblich zurück gegen den Betrag von etwa 1000 Goldmilliarden, welche in der Aufzucht und Ausbildung der Bewohner angelegt waren. Das Reichwerden oder Armerwerden der Nation hängt davon ab, ob es gelingt, diese Riesensumme durch die Arbeitsleistung der Gesamtbevölkerung zu verzehren bzw. abzurufen. Das gelingt aber nur durch eine Masse vorhandener Arbeitskraft. Zweck und Ziel der Arbeitshygiene ist es nun, die Arbeitsfähigkeit zu schütten, einen vorzeitigen Kräfteverbrauch durch Krankheiten und Stetium zu verhindern und dadurch die Gesamtproduktivität und das Volkvermögen zu erhalten. An der Ausgestaltung und Durchführung der Arbeitshygiene und Gewerbedechnik muß daher die Allgemeinheit das größte Interesse haben.

Natürlich ist auch der Arbeiter selbst lebhaft daran interessiert. Denn die Arbeitshygiene will ihm nur helfen, seine Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten und dadurch möglichst hochstehende Leistungen zu erzielen. Eine gewisse Kenntnis der wichtigsten arbeitshygienischen Grundzüge soll daher jeder Arbeiter besitzen, zumal im Hinblick auf die besonderen Schädlichkeiten, die ihn in seinem Berufe bedrohen. Allerdings muß aber auch von jedem arbeitsfähigen Arbeiter verlangt werden, daß er nach den anerkannten Regeln der Gesundheitslehre handelt und daß er die zu seinem Wohle erlassenen Schutzvorschriften sorgfältig einhält.

Aber auch die Industrie muß für die Arbeitshygiene Verständnis haben. Der einsichtige Arbeitgeber muß wissen, daß er mit einem gesunden Stamm von Arbeitern wirtschaftlich mehr erreichen kann als mit kränklichen Arbeitern, die infolge verschiedener Erkrankungen wochenlang im Betriebe fehlen. In heißen, lauberen, gut geflüsterten und durchlüfteten Arbeitsräumen wird die Arbeitsleistung wesentlich günstiger als in Schmutzlöchern; durch freundliche Ausgestaltung der Arbeits- und Aufenthaltsräume wird die Arbeitslust gefördert, durch Abführung von Staub und Dämpfen werden die Betriebsbedingungen, Maschinen, Fertigungsprodukte usw. gesichert, unter Umständen werden dabei sogar wertvolle Abfallstoffe wieder gewonnen.

So gehen also Arbeitshygiene und Steigerung der Produktivität und des Volkvermögens Hand in Hand.

HERMANN Billige Lebensmittel

Meinungsabgabe vorbehalten. Leuchtverordnungs-Artikel sind vom Verkauf ausgeschlossen. Verkauf sowohl Vorra.

Wurstwaren

Rotwurst Pfund 60 Pf.
Zwiebelleberw. Pfund 60 Pf.
Mettwurst grobe, Pfund 95 Pf.
Fleischwurst Pfund 100 Pf.
Hausm.-Leberw. Pfund 100 Pf.
Jagdwurst Pfund 140 Pf.
Mettwurst (ausw. Art) Pfund 145 Pf.
ff. Leberwurst Pfund 150 Pf.
Holst. Cerv.-Salami Pfund 180 Pf.

Käse u. Fette

Romatour Stück ca. 200 g 22 Pf.
Camembert (weicht, Schachtel) 25 Pf.
Camemb. (ausw. Art, Sch.) 65 Pf.
Schles. Kümmeikase Pfund 32 Pf.
Briekäse Pfund 48 Pf.
Faustkäse Pfund 48 Pf.
Spitzkäse Pfund 48 Pf.
Allg. Stangenkäse Pfund 55 Pf.
Edamer Pfund 80 Pf.

Frisches Fleisch

Ralskamm u.-rücken Pfund 70 Pf.
Ralsbrust Pfund 75 Pf.
Ralskeulen (bis 9 Pf. schwer) Pfund 90 Pf.
Hammelvordertfleisch Pfund 80 Pf.
Hammelrücken Pfund 90 Pf.
Schweinekamm 1³⁰ -bauch Pfund 100 Pf.

Schweineschulterblatt a. z. Pfund 110 Pf.
Suppenfleisch Pfund 65 Pf.
Fehrlippe mit Brust Pfund 75 Pf.
Prima Schmorfleisch a. Knochen, Pfund 110 Pf.
Prima Rouladen Pfund 120 Pf.
Starke Liesen Pfund 98 Pf.

Eisbein mit Spitzbein Pfund 60 Pf.

Gefrierfleisch

Pa. Ochsenbrust Pfund 48 Pf.
Pa. Ochsen-Schmorfleisch a. K. Pfund 80 Pf.
Pa. Hammelvordertfleisch Pfund 70 Pf.

Pa. Hammelrücken Pfund 85 Pf.
Fr. Schweineköpfe mit Fettsack, Pfund 50 Pf.
Gehacktes Pfund 70 Pf.

Frisch geschlachtet!
Suppenhähne Pfund 125 Pf.
Suppenhühner Pfund 135 Pf.

Kolonialwaren

Sulfaninen Pfund 50, 85 Pf.
Mandeln Pfund 65 Pf.
Süße Mandeln Pfund 250 Pf.
Pflaumen Pfund 35, 45, 55 Pf.
Backobst Pfund 50, 75 Pf.

Kartoffelmehl Pfund 16 Pf.
Weizenmehl Pfund 19 Pf.
Auszugsmehl Pfund 23, 25, 28 Pf.
Korinthen Pfund 48 Pf.
Rosinen Pfund 45 Pf.

Frisch gebr. Kaffee aus eigener Rösterei
Konsum-Mischg. Pfund 2,30
Guatemala-Mischg. Pfund 2,90

Obst u. Gemüse

Weisskohl klein, Pfund 10 Pf.
Rotkohl klein, Pfund 12 Pf.
Rote Rüben Pfund 9 Pf.
Sellerie gr. Knoll, Pfund 15 Pf.
Kochäpfel Pfund 16 Pf.
Nasslau-Äpfelstein Pfund 25 Pf.
Mandarinen Pfund 42 Pf.
Zitronen Pfund 38 Pf.
Kalif. Äpfel Pfund 45 Pf.

Pflaumen-Konfit

75 Pf. Liter ca. 2 Pfund

Vierfrucht-Marmelade

65 Pf. Liter ca. 2 Pfund

Margarine

58 Pf. Liter

Rindertett

62 Pf. Liter

Kokostett

68 Pf. Liter

Fische u. Räucherwaren

Grüne Heringe a. Pfund 40 Pf.
Kablian (Gans) Pfund 22 Pf.
Schollen Pfund 12 Pf.
Morian Pfund 12 Pf.
Hbg. Makreln a. Pfund 22 Pf.
Schellfisch Pfund 45 Pf.
Seelachs Pfund 45 Pf.
Fludern Pfund 40 Pf.

In unserer Konfitüren-Abteilung:
Schokoladenhasen Stück 10 Pf. bis 6,00
Marzipanier Stück 10 Pf. bis 2,90
Gefüllte Kiappeler (Stannol, Stck.) 1,00 bis 14,00
Kleine Dragee-Eier zum Füllen Pfund 80 Pf.
Gefüllte Dessertier und Marzipanartikel in grosser Auswahl

Gemüse- u. Obstkonserven

Stg.-Spargel kleiner 300 Pf.
Stg.-Spargel extra 200 Pf.
Stg.-Spargel mittel 200 Pf.
Stg.-Spargel extra 185 Pf.
Brech-Spargel stark 195 Pf.
Brech-Spargel a. z. 105 Pf.
Gem. Gemüse fein 125 Pf.
Gem. Gemüse mittelf. 98 Pf.
Jg. Erbsen a. Karotte, mit 78 Pf.
Kaisererbsen 185 Pf.
Junge Erbsen (alt) 105 Pf.
Junge Erbsen mittelf. 78 Pf.

Junge Erbsen 88 Pf.
Gemüseerbsen 55 Pf.
Karotten geschnitten 36 Pf.
Kohlrabi in Scheiben 53 Pf.
Sellerie 75 Pf.
Tomatenpüree 55 Pf.
Preisselbeeren 85 Pf.
Kürbis 55 Pf.
Pflaumen mit Stein 65 Pf.
Pflaumen ohne Stein 75 Pf.
Gemischte Früchte 100 Pf.
Reineclauden 100 Pf.

Sonderangebot

Hertie-Schallplatten
Neueste Tanzschlager
18 cm Durchmesser
aus gutem Schellackmaterial



75 Pf.

Besonders billige und gut gepflegte Tafelweine für die Feiertage!

1922er Winzenheimer Honigberg 150 Pf.
1922er Kreuznacher Schönfeld 140 Pf.
1921er Aylarweilener Riesling 150 Pf.
1922er Budesheimer Neuberg 140 Pf.
1922er Niersteinener Schmitt 140 Pf.

1921er Wallhäuser Johannisberg 225 Pf.
1922er Schl. Bockelheim, üblg. Spätlese 200 Pf.
1923er Hachenheim, Kirchentok, Auslese 200 Pf.
1921er Doldesheimer Strasse 200 Pf.
1921er Wittiger Rosenberg 200 Pf.

ZUR BOWLE!

10 Pf. Oberhaardter Malzkorn
2 Pf. „Hertie-Gold“, Fruchtbaumwala
zusammen 10 Pf. Steuer und Flasche 3,00

Besonders preiswert:
Eierweinbrand u. div. Liköre
in Originalpackungen und Eiferfüllungen.

WEINE VOM FASS

in vorzüglichen Qualitäten
Rheinpfälzer Weisswein
a. s. Tischwein und zur Bowle geeignet 5,50 Liter
Rot-, süds. Johannisbeerenwein
hervorragende, volle Qualität 5,50 Liter
Fettsüßer Gold-Malaga
hervorragende Qualität 3,20 Liter

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
9 1/2 Uhr: Rienzi
Opernhaus
am Königplatz
8: Mad. Butterfly
Schauspielhaus
8 U. Herodes und Marianne
Schiller-Theater
8: Kyrill + Pyrril

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Carmen
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:
Mord

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 1/2 Uhr:
Josephine

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr

Viktoria
8 Uhr:
Rafoucheff's Puppenladen
und weitere
10 Künstlertruppen
von Welttruf
Sonntags 3 Pf. zu ermäßigten Preisen
das volle Progr.

Trianon-Theater
Zentr. 2991
Täglich 8 Uhr:
Berlin lacht
von 8 bis 12

Barowsky-Bühne
Theater
Königsplatz Str.
T. Hasenheide 2111
8 Uhr

Mrs. Choneys Ende
Sonntag mit 12 U.
Elisabeth Bergner
Jest „Fräul. Else“
Preis v. 1 bis 6 M.

Nomadenhaus
Tel.: Norden 6404
Norden
Der Garten Eden
Die Tribüne
Tel.: Wilhelm 5365
4 Uhr
Wie man Herrin

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel d. Saltens-
burgs Bühnen
D. fröhliche Weinberg

Kleines Th.
Tägl. 8 Uhr:
Das Grab des unbekannt
Soldaten

Th. a. Hollendorpl.
8 Uhr:
Die offizielle Frau
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 8 M.

Deutsches Kunst.-Theater
8 Uhr:
Paganini
Th. a. Karlsruhstamm
8 1/2 Uhr:
Die Nacht der Nüch
Lustspielhaus
8 Uhr:
Die rote Cléo
Wallner-Theater
8 Uhr:
Kolportage

Residenz-Theat.
8: Foppke, d. Egoist
Sabo / Limburg

Thalia-Theater
Letzte Vorstellungen
8: D. alte Dessauer
Premierenbesitzg.

Th. d. Kommandantenstr.
Nur noch 6 Tage!
1. Lene, Lotte, Liese
Premierenbesitzg.

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr:
No no Xanette

Wilhelm Hagenbeck
Das Welttheater
der Tiere
Nirgends - Inzwischen
Stimpf. 126 2b
Täglich 8 Uhr:
Der echte Circusprogr.
geleitet durch Hagen-
becks Reibtruppen
sonnabend 8 Uhr:
3 1/2, 5 Uhr:
2 Vorstellungen
Nachm. bei unge-
kürzt. Progr. für
Kind. halb. Preise
Vorverk. Werth
und Circuskasse
P. Pfg. bis 4,50 M.
Tierschau 10-11 Uhr
Wer noch wenige Tage

Grünes
Schauspielhaus
Für Dich
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

Rose-Theater
8 1/2 Uhr: Die vier
Schlanmerer

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Prinzess. Hensch
Operette v. Aug. Neuberger
Musik von Louis Jourd

Th. in d. Künstlerstr.
8 Uhr:
Schmetterlingsnacht

Neues Th. am Zoo
Abend: 8 Uhr:
Guido

Thielscher
Stöpsel
Kleinpreise: Partell-2M.
Part.-Fast. 3-4 M. Orchest.
Fastell 5 M. Saal 6 M.
Vorverkauf anstehendes

Th. in d. Lützowstr.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Lempke's sel. Witwe
Musik v. Dr. R. Hirsch
Taktische Preise 1-4 M.
Im Vorverkauf Theaterkasse
Berlins 20 Pf. Ermäßigung

Circus Busch
7 1/2 U. Circus-Prgr.
9 U. Man.-Schausp.

Cagliostro
Sonnt. 28. März, 3 U.
halbe tags-Preise
Die Gorilla-Bräut
aus das viele Heim. Programm
7 1/2 U. Einmalige
Volks-Vorstellg.
bei klein. Preis.
50 Pf., 0,80, 1 M. f.
1.30, 1.50, 2.50 Log.

Elite-Sänger
Tägl. Kottbuser Str. 4 Sonntag
8 Uhr Der neue Schläger 3 U.
„Berliner Luft“
Dazu das lustige Selbstpr.

WINTER GARTEN
Los 3 Codonas
Hochtuner in höchster Vollendung
im Rahmen eines abwechslungs-
reichen Varieté Spielplans.
Sonntag nachm. 8 1/2 U. halbe Preise
Rauchen gestattet!



Conrad Veidt
in seiner Doppelrolle
Eli Dagover • Liane Hald
in dem neuen Ufa-Film
Die Brüder Schellenberg
Nach dem bekannten Roman der Berliner Illustrierten Zeitung von Bernhard Kellermann
Regie: Karl Grune • Manuskript: Willy Haas
Wochentags 7 und 9 Uhr • Sonntags und Sonntags 5, 7, 9 Uhr
Vorverkauf 11-2 Uhr

Ufa-Palast am Zoo

Berlin's Theater
5 Messalinette

Walhalla
Th. - Weltertruppen
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Fräulein
Eulenspiegel
Schwank in 3 Akten
von Roellinghoff
Sig. nachm. 4 Uhr
Max und Moritz

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr:
Der Kaufmann
von Venedig
Morgen 8 Uhr:
Sturmflut

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der Tausch
Morgen 8 Uhr:
Der Tausch

Sport-Palast
Heute
9 Uhr
abends

Phil Taylor
Canada Meis er im
Todessprung
auf dem Eis wird bestaunt von
ganz Berlin

Eintritt
Mark 1-
bis Mark 3.-

Komische Oper
9 1/2, Direktion James Klein 8 1/2,
Die Neue Revue
Berlin Remd
Revue der Zukunft in 16 Bild.
u. a.: Japan in allen Jahres-
zeiten / Der Komponisten-
hall / Der Traum d. Malers
Das Fest der Millionäre
Preise 1-7,50. Logen und Balkon 18.
Sonntag 3 U. volle Vorstellung zu halben
Preisen und jeder Erwachsene 1 Bild frei

Admiralpalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Abschieds-
Vorstellungen d.
Kaller-Revue
Achtung Welle 105

Central-Theater
8 Uhr:
Eva Bonheur
Ilka Grünig

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr
Der neue Schläger!
Eine Nacht im Fahrstuhl
Vorher das beste Progr.
Volksstück. Preise

Reichshallen-Theater
Abend: 8 U., Sont. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
Das neue Programm
haben. halbe Preise. Volles Sängerorchester
Dönhoff-Brettel
8. große Füllungsprogr. u. großstell.
Ausgabe d. Lok. Zeit. 11. November 1922

Der gute Kapitän-
Kaufabak ist in den meisten Export-
geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kglst. 3861

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Einladung
zu der
am Sonnabend, den 17. April 1926, vormittags 11 Uhr,
in unserem Gebäude Berlin, Behrenstraße 68-69, stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1925.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für 1925 und die Gewinnverteilung.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.

Zur Stimmabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche ihre Aktien oder den von einem Notar oder von der Reichsbank oder von dem Giro-Effekten-Depot der Bank des Berliner Kassen-Vereins über dieselben ausgestellten Hinterlegungsschein spätestens drei Werktage vor der Generalversammlung bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar

- bei unseren Hauptniederlassungen in
Berlin (Hauptniederlassung: 68-69), Bremen, Darmstadt;
- bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen
in Breslau bei den Herren Eichhorn & Co.,
in Cassel bei den Herren Florino & Sichel,
in Coblenz bei Herrn Leopold Seilgmann,
in Danzig bei der Danziger Bank für Handel und Gewerbe, Aktien-
Gesellschaft,
in Essen a. d. Ruhr bei den Herren Gebrüder Hammerstein,
bei Herrn Simon Hirschland,
in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank,
bei den Herren Otto Hirsch & Co.,
bei Herrn Lincoln Meny Oppenheimer,
bei Herrn Jacob S. H. Stern,
bei den Herren Gebrüder Sulzbach,
in Hamburg bei den Herren L. Bahrens & Söhne,
bei den Herren M. M. Warburg & Co.,
in Köln bei dem Bankhaus A. Levy,
in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
in München bei der Bayerischen Vereinsbank,
bei den Herren Merck, Finck & Co.,
in Amsterdam bei der Amsterdamschen Bank,
bei der Internationalen Bank te Amsterdam,
in Wien bei der Mercurbank.

Berlin, den 22. März 1926.
Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Goldschmidt, von Simson.

Eduard Süßkind's 3 Rote Wein-Wochen

verlängert bis 31. März!

200000 Liter Obst-, Süd- u. Bordeaux-Weine der ersten in bekannter Güte
zu Ausnahmepreisen zum Verkauf

Apfel- u. Heidelbeerw. Südt. gefüllt p. Liter 0,78
Fruchtwein, Malagatyp Südt. gefüllt p. Liter 0,84
Johannisbeerwein Südt. gefüllt p. Liter 0,96
Kirsch- u. Stachelbeerw. Südt. gefüllt p. Liter 1,02
Erdbeerwein Südt. gefüllt p. Liter 1,44
Tarragona echt, unversch. p. Liter 1,38
Malaga echt, unversch. p. Liter 1,68
Samos echt, unversch. p. Liter 1,92
Douro Portwein, unversch. p. Liter 2,52

Span. u. franz. Rotweine „Montagne“
per Flasche 0,65 Str. 1,08
Feinstes Burgunder (alt 2,50 nur 5) 1,44
Feinste Bordeauxweine 1919-21er
Nacht bis 24. 3- nur 5) 1,95
Süßkind's Spezial-Likör 35%, Str. 3,40
Ausverkauf vom Fass
Kostprob gratis Kostprob. gratis
Auf alle Spirituosen trotz mein. billigen
Preise und aner-
kannnten Qualität
extra 5% Rabatt
Alles inklus. Steuer ohne Glas.
Keine Engrosabgabe.
nur dem Privatpublikum.

Likörfabrik und Weingroßhandlung,
Haupt-
Geschäft
Berlin N.,
Berlin N.,
Berlin O.

Brunnenstraße 42-43
Chausseestraße 76
Müllerstraße 144
Koppenstraße 87

Berlin 50, Grünauer Straße 15
Moabit, Wisnacker Straße 25
Steglitz, Schloßstraße 121
Neukölln, Berliner Straße 13.